krisis
Kritik der Warengesellschaft

Ernst Lohoff

Die letzten Tage des Weltkapitals

Kapitalakkumulation und Politik im Zeitalter des fiktiven Kapitals

Beitrag **5 / 2016**

Die letzten Tage des Weltkapitals

Kapitalakkumulation und Politik im Zeitalter des fiktiven Kapitals

Ernst Lohoff

krisis 5/2016
Kritik der Warengesellschaft

krisis – Kritik der Warengesellschaft 5/2016

Hrsg.: Förderverein krisis – Verein für kritische Gesellschaftswissenschaft e.V.
Postfach 81 02 69 | 90247 Nürnberg

Tel. + +49 911 7056 28
Fax + +49 911 780 9542

www.krisis.org
krisisweb@yahoo.de

ISSN 2196-940X

Inhalt

Zusammenfassung

Die Wirtschafts- und Geldpolitik kann machen was sie will, doch die fundamentale Krise der Wertverwertung schafft sie nicht aus der Welt. Das bedeutet aber nicht, dass sie keinerlei Einfluss auf den ökonomischen Prozess ausüben würde. Insbesondere die Akkumulation von fiktivem Kapital, die seit mehr als drei Jahrzehnten die lahmende Mehrwertakkumulation als Motor der Weltwirtschaft ersetzt, wird in starkem Maße von wirtschaftspolitischen Weichenstellungen und geldpolitischen Entscheidungen beeinflusst. Es hängt wesentlich mit von den Regierungen und Zentralbanken ab, in welchen Umfang es gelingt, über die Vermehrung von Schuldpapieren, Aktien und Finanztiteln auf künftige Wertproduktion vorzugreifen. Schon bei der Inthronisierung der Finanzwirtschaft als neuer »Basisindustrie« des kapitalistischen Weltsystems Anfang der 1980er Jahre spielte die Politik eine Schlüsselrolle. Mit ihrer Hochzins- und Verschuldungspolitik haben die Reaganomics die Erzeugung von Finanzmarktprodukten entfesselt und jene internationale Arbeitsteilung geschaffen, die seitdem die Weltwirtschaft auf die Touren hält: die Arbeitsteilung zwischen Standorten, die monetäre Zukunftsversprechen exportieren, wie den USA einerseits, und Gütermarktwaren exportierenden Ländern wie China und Deutschland andererseits.

Gerade der große Krisenschub von 2008 hat gezeigt, wie weit die Macht der Politik auf diesen Terrain gehen kann. Angesichts des drohenden Systemkollapses schufen die Zentralbanken und Regierungen der kapitalistischen Kernstaaten in einer konzertierten Aktion ein weltumspannendes System der Public-Private-Partnership der Erzeugung fiktiven Kapitals. Während die öffentliche Hand und die Zentralbanken die Verwaltung der verbrannten kapitalistischen Zukunft übernehmen, sorgt die Privatwirtschaft für die neuen spekulativen Blasen, die für den Fortgang des globalen Akkumulationsprozesses unerlässlich sind. Mit dieser Installation einer weltumspannenden finanzmarktsozialistischen Ordnung – ironisches Ergebnis der neoliberalen Revolution – hat die Politik dem maroden kapitalistischen Weltsystem noch einmal eine Gnadenfrist erkauft.

Diese in erster Linie durch die Negativzinspolitik der Zentralbanken ermöglichte Ausweitung des Vorgriffs auf zukünftigen Wert ist aber nicht nur pre-

kär, weil sie längerfristig die Grundlagen des Geldsystems unterminiert. Die größte historische Leistung der Politik in Sachen Krisenverschiebung markiert gleichzeitig den Umschlagspunkt, an dem die Politik selber zu einer eigenen Krisenquelle wird. Die US-amerikanische Haushaltskrise, die Griechenlandkrise und der Brexit zeigen beispielhaft, wie die internationale Krisenverwaltung immer mehr in die Zange gerät. Zum einen verschärfen sich die Interessengegensätze zwischen den verschiedenen kapitalistischen Staaten in einem System, das die Verteilung der Krisenverwaltungslasten immer neu politisch ausfechten muss, enorm. Zum anderen kollidieren die Imperative der Krisenverwaltung zunehmend mit den Krisenverarbeitungsideologien, die sich auch in politischen Entscheidungen und Wahlergebnissen niederschlagen. Insofern hat der Übergang zu einem globalen System staatlich gestützter Produktion fiktiven Kapitals neue, kaum mehr zu überbrückende Widersprüche hervorgebracht, welche die eindeutig funktionale Rolle der Politik infrage stellen und sie selbst zu einem dynamisierenden Moment der Krisenentwicklung machen. Der nächste größere Krisenschub könnte in einem Zerfall des weltkapitalistischen Zusammenhangs entlang regionaler und nationaler Gegensätze münden.

1. Die Krise der Verwertung

In der Theoriebildung der Zeitschrift Krisis – nomen es omen – spielt die Akkumulations- und Krisentheorie seit jeher eine Schlüsselrolle. Seit ihrer Erstformulierung Mitte der 1980er-Jahre verbindet die wertkritische Krisentheorie zwei zentrale Gesichtspunkte miteinander. Zum einen vertritt sie den Standpunkt, dass mit der Dritten industriellen Revolution das System der Wertverwertung unweigerlich in eine fundamentale Krise gerät, die letztlich nur mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktionsweise enden kann. Zum anderen liefert sie eine Erklärung dafür, warum diese fundamentale Krise der Wertverwertung den Prozess der Kapitalakkumulation nicht sofort zum Erliegen bringt, sondern erst nach einer relativ langen Latenzzeit.

Das erste Moment der wertkritischen Krisentheorie, der Gedanke einer fundamentalen Krise der Wertverwertung, ist deutlich älter als unser Ansatz. Er wurde rund hundertdreißig Jahre früher von Marx in den »Grundrissen« skizziert. In einem als »Maschinenfragment« bekanntgewordenen Abschnitt setzt sich der Gründungsvater der Kritik der Politischen Ökonomie mit der weiteren Produktivkraftentwicklung auseinander und prophezeit nicht nur, dass dereinst die »Anwendung der Wissenschaft auf die Produktion« zur Hauptproduktivkraft aufsteigen wird und der Arbeiter »neben den Produktionsprozeß« tritt, »statt sein Hauptagent zu sein«; er macht darüber hinaus deutlich, welche fatalen Folgen diese Entwicklung für die kapitalistische Produktionsweise haben muss. Mit der Verwissenschaftlichung der Produktion, so Marx, »bricht die auf dem Tauschwert ruhnde Produktion zusammen«. (MEW 42, S. 601) Die wertkritische Krisentheorie hat diesen Gedanken aufgegriffen, auf die eigene Epoche bezogen, konkretisiert und systematisiert. Der Marx'sche Gedanke einer inneren Schranke der kapitalistischen Produktionsweise wird »heute praktisch wahr«[1], weil die Dritte industrielle Revolution, der Vormarsch der Mikroelektronik, die lebendige Arbeit quer durch die Branchen aus dem Produktionspro-

[1] Editorial der ersten Ausgabe unserer Zeitschrift: *Marxistische Kritik,* Nr. 1 Erlangen 1986, S. 5

zess eliminiert und weil damit die Substanz des Werts einem unaufhaltsamen strukturellen Auszehrungsprozess unterliegt.

Als die ersten wertkritischen Texte zur Krisentheorie publiziert wurden, hatte der Siegeszug der Dritten industrielle Revolution bereits begonnen. Mittlerweile sind die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien omnipräsent, ja es ist sogar schon von einer vierten industriellen Revolution die Rede, deren Grundlage die digitale Vernetzung sein soll. Vor diesem historischen Hintergrund ließ und lässt sich mehr denn je die These, der Einsatz der Mikroelektronik unterminiere das System der Wertverwertung, nur dann vertreten, wenn schlüssig begründet wird, wie es dem Kapital gelingt, trotz wegbrechender Wertbasis seinen Akkumulationsprozess fortzusetzen. Grundsätzlich war es für die Wertkritik nie ein Rätsel, in welchem Wirtschaftssektor diese von tatsächlicher Wertproduktion abgelöste Kapitalakkumulation vonstatten geht: Die explosionsartige Ausdehnung der Finanzmärkte, die mit den Reaganomics begann und bis heute andauert, kompensiert das Schrumpfen der produzierten Wert- und Mehrwertmasse und hält die gesellschaftliche Kapitalakkumulation erst einmal am Laufen.

Doch: Welcher inneren Logik folgt dieser mittlerweile gut dreieinhalb Jahrzehnte währende Prozess? Und in welchem Verhältnis steht der aufgeblähte Sektor des »fiktiven Kapitals« (Marx) zu dem des fungierenden Kapitals?

So viel ist schon empirisch klar: Die ungeheure Anhäufung von Vermögenswerten in den letzten Jahrzehnten lässt sich unmöglich auf die Abschöpfung realwirtschaftlich entstandenen kapitalistischen Reichtums zurückführen. Da das fiktive Kapital, in Gestalt von Schuldtiteln, Aktien, Derivaten etc., sich um ein Vielfaches schneller vermehrt hat und einen vielfach größeren Umfang hat als das fungierende Kapital, kann sich das dramatische Wachstum der Vermögenswerte wohl kaum aus dessen Akkumulationsbewegung speisen. Wer der empirischen Wirklichkeit des heutigen Kapitalismus daher keine Gewalt antun will, muss von einer eigenen, den Geld- und Kapitalmärkten innewohnenden Kapitalbildungspotenz ausgehen. Wie diese finanzindustrielle Form der Kapitalerzeugung vonstatten geht, ist bereits an anderer Stelle ausführlich dargestellt

worden. Dabei stand die innere Logik der Akkumulation von fiktivem Kapital und deren Rolle in der »Epoche des inversen Kapitalismus« im Mittelpunkt (Lohoff 2014; Lohoff/Trenkle 2012; vgl. auch Trenkle 2016). Hier soll nun ein Aspekt geklärt werden, der in diesem Zusammenhang noch nicht explizit erörtert wurde. Welche Rolle spielt die *Politik* in dieser Epoche, und über welche Spielräume verfügt sie gegenüber dem Krisenprozess?

2. Der weitreichende Einfluss der Politik auf die Akkumulation fiktiven Kapitals

Diese Frage lässt sich zunächst ganz grundsätzlich formulieren: Wie weit reicht die Macht der Politik, wenn es darum geht, den Fortgang der Kapitalakkumulation sicherzustellen? Verfügt sie über Instrumente, die es ihr erlauben, die Selbstzweckbewegung der Verwandlung von Geld in mehr Geld beständig am Laufen zu halten und Akkumulationskrisen wirksam gegenzusteuern? Oder ist sie der Eigendynamik der ökonomischen Prozesse letztlich passiv ausgeliefert?

Die Antwort auf diese Grundsatzfrage über die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns fällt höchst unterschiedlich aus, je nachdem, welchen Sektor der Kapitalvermehrung wir betrachten: die auf produktiver Arbeitsvernutzung beruhende Mehrwertakkumulation oder das bei der Emission von handelbaren Schuldtiteln, Aktien und Derivaten entstehende »fiktive Kapital«. Richten wir den Blick allein auf den ersten Typus der Kapitalakkumulation, so erweist sich die Reichweite politischen Handelns als recht begrenzt. Die verschiedenen Territorialstaaten und Staatenbünde wie die EU können zwar Maßnahmen ergreifen, die ihre Konkurrenzposition verbessern und den Anteil des eigenen Standorts an der globalen Mehrwertabschöpfung nach oben schrauben, sie sind aber nicht in der Lage, deren absoluten Gesamtumfang zu vergrößern. Vor allem das Grundproblem des Wertverwertungssystems in der gegenwärtigen Epoche entzieht sich vollständig ihrem Zugriff: dass im Gefolge der Dritten industriellen Revolution die lebendige Arbeit sukzessive aus dem Produktionsprozess verdrängt wird und damit die Fähigkeit des fungierenden Kapitals, neue Wert- und Mehrwertmassen zu erzeugen sukzessive abnimmt, lässt sich weder gesetzlich verbieten noch durch politische Beschlüsse konterkarieren. Auf diesen die Grundlage des Selbstzwecksystems der Wertverwertung zerstörenden Prozess hat die Politik genauso viel Einfluss wie der Dreikäsehoch im Kinderkarussell hinter dem Steuer des Feuerwehrautos auf die Fahrt seines Löschfahrzeugs. Solange man ausschließlich die Wert- und Mehrwertak-

kumulation betrachtet, kann die Politik nur auf deren Verteilung zwischen den konkurrierenden Weltregionen und Standorten einwirken.

Ein ganz anderes Bild bietet sich dagegen bei der Erzeugung fiktiven Kapitals. Was diesen Kapitaltypus betrifft, so hängt auch dessen Gesamtvolumen ganz wesentlich von wirtschaftspolitischen Weichenstellungen und geldpolitischen Entscheidungen ab. Für eine endlos weiterlaufende Vermehrung kann die Politik zwar auch beim fiktiven Kapital nicht sorgen;[2] es hängt aber wesentlich von ihr ab, welche Dimension die Akkumulation fiktiven Kapitals annimmt, wie lange die Entwertung der aufgehäuften ungedeckten Zukunftsansprüche hinausgezögert werden kann und welche Formen diese schließlich annimmt.

Die Reichweite politischen Handelns fällt auf den beiden Feldern der Kapitalakkumulation derart unterschiedlich aus, weil die staatlichen Instanzen gegenüber dem System der Wert- und Mehrwertproduktion eine andere Position einnehmen, als sie sie in der Welt fiktiver Kapitalschöpfung innehaben. An der Mehrung fiktiven Kapitals sind staatliche Einrichtungen ganz *unmittelbar* beteiligt; was hingegen den Kreislauf des fungierenden Kapitals angeht, so beschränkt sich die Rolle des Staates im Kern darauf, die Rahmenbedingungen der Wert- und Mehrwertproduktion sicherzustellen.

Es gehört zu den strukturellen Eigentümlichkeiten des Wertverwertungsprozesses, dass er keineswegs all seine sozialen und materiellen Voraussetzungen selber schaffen kann. Damit das fungierende Kapital an einem bestimmten Weltmarktstandort mit der Herstellung von Gütermarktwaren Wert- und Mehrwert erzeugen kann, bedarf es auch eines vorgeschalteten staatlich organisierten Sektors, »allgemeiner Arbeit«[3]. Dieser umfasst zum einen das Polizei-, Rechts- und

---

2 Dass dem Vorgriff auf künftige Wertproduktion so etwas wie eine »innere Schranke« innewohnt, habe ich an anderer Stelle ausführlich dargestellt (Lohoff/Trenkle 2012).

3 Um Missverständnissen vorzubeugen: Der Begriff »allgemeine Arbeit« kommt in der Marx'schen Kritik der Politischen Ökonomie in zwei verschiedenen Bedeutungen vor, die man strikt auseinanderhalten muss. Zum einen bezeichnet die Kategorie der »abstrakt allgemeinen Arbeit« (MEGA II.2, S. 109) in der Marx'schen Warenformanalyse die Tauschwert setzende Dimension der Privatarbeit. Während die »konkrete Arbeit« sich im jeweils besonderen Gebrauchswert einer Gütermarktware niederschlägt, bildet »die abstrakte allgemeine Arbeit« die Substanz des Werts. Wie jede Ware, so hat auch

Verwaltungswesen, also jene staatlichen Apparate, die die Achtung des Privateigentums erzwingen und für die Einhaltung von Verträgen Sorge tragen. Zu ihm gehören fernerhin eine ganz Reihe infrastruktureller Leistungen wie das Bildungswesen oder das öffentliche Straßennetz. So unabdingbar beide Abteilungen für den Verwertungsprozess auch sind, weder die eine noch die andere trägt unmittelbar zur Bildung von Wertsubstanz bei. Das Polizei- und Rechtswesen sichert ausschließlich die Herrschaft der Wertform. Die infrastrukturellen Leistungen des Staates gehen zwar vermittelt in die Gebrauchswertproduktion der fungierenden Kapitalien ein; doch schon weil sie gar nicht die Warenform annehmen, repräsentieren sie keinen zusätzlichen Tauschwert. Beide Abteilungen stellen im Gegenteil »faux frais« der kapitalistischen Produktionsweise dar, die in der einen oder anderen Weise (beispielsweise über die Abschöpfung von Steuern) aus der laufenden Erzeugung kapitalistischen Reichtums alimentiert werden müssen.

Der Staat muss sich nicht zwangsläufig auf seinen Kernbereich, den Sektor der »allgemeinen Arbeit«, beschränken. Zwar ist diese Praxis seit der neoliberalen Revolution aus der Mode gekommen, doch können auch in Staatsbesitz befindliche Unternehmen als Warenproduzenten agieren und damit als Produzenten von Wert und Mehrwert. Das war nicht nur ein für die untergegangene realsozialistische Spielart des Kapitalismus charakteristisches Phänomen. Auch in vielen westlichen Ländern war diese Tendenz in früheren Stadien kapitalistischer Entwicklung recht ausgeprägt. In Österreich beispielsweise befand sich die Schwerindustrie seit Ende der 1940er-Jahre in Staatsbesitz, mit der Folge, dass noch im Jahr 1970 ein Fünftel der gesamten Industriearbeiterschaft bei

die Waren hervorbringende Privatarbeit einen Doppelcharakter, und mit »abstrakt allgemeiner Arbeit« bezeichnet Marx nur *eine Seite* der Privatarbeit. Im Zusammenhang mit der Wissenschaft und der Staatstätigkeit verwendet Marx im dritten Band des »Kapitals« den Begriff der »allgemeinen Arbeit«, ohne ihn mit dem Attribut abstrakt zu versehen. In diesem Kontext firmiert »allgemeine Arbeit« *als Gegenbegriff zur Arbeit von getrennten Privatproduzenten*, die den Warenreichtum hervorbringt. Wenn hier von »allgemeiner Arbeit« die Rede ist, dann in dieser zweiten, in der marxistischen Diskussion weitgehend vergessenen Bedeutung.

Staatsunternehmen in Lohn und Brot stand, welche ein Viertel der Exporterlöse erwirtschafteten. Dass die öffentliche Hand selber als Wert und Mehrwert heckender Warenproduzent auftritt, verändert den Umfang der Wertproduktion nicht weiter. In Staatseigentum befindliches fungierendes Kapital ersetzt in solchen Fällen lediglich fungierendes Privatkapital und das läuft in Hinblick auf den erzeugten Gesamtmehrwert auf ein Nullsummenspiel hinaus.[4]

In die Bildung fiktiven Kapitals sind staatliche Akteure dagegen ganz direkt involviert, und zwar als zusätzliche »Produzenten« neben den privaten, ohne diese deshalb zu verdrängen. Fiktives Kapital entsteht bei der erfolgreichen Neuausgabe von handelbaren Zahlungsversprechen.[5] Bei diesem Vorgang sind staatliche Instanzen sowohl als Emittent als auch als Käufer von Schuldtiteln mit am Werk. Als Anleihen-Emittent und Kreditnehmer zählt die öffentliche Hand traditionell zu den wichtigsten Anbietern von Zahlungsversprechen auf dem Kapitalmarkt überhaupt. So oft Kommunen, die Zentralregierung oder andere staatliche Institutionen Teile ihres Finanzbedarfs auf den Kapitalmarkt decken, bringen sie fiktives Kapital in Umlauf. Noch wichtiger ist die Zentralbank. Sie spielt im System der Vorabkapitalisierung künftiger Wertproduktion, aber auch was die Nachfrage nach fiktivem Kapital angeht, eine Schlüsselrolle. Jedesmal wenn eine Zentralbank »Geld schöpft«, indem sie Geschäftsbanken Kredite gewährt, akkumuliert sie selber Zahlungsversprechen der kreditnehmenden Geschäftsbanken und damit fiktives Kapital.[6] Aber nicht nur, indem sie selber

[4] Der Warencharakter des Produkts verweist unmittelbar darauf, dass die zu einer Herstellung unmittelbar benötigte Arbeit den Charakter von Privatarbeit hat. Oder um mit Marx zu sprechen: »Nur Produkte selbständiger und voneinanderunabhängiger Privatarbeiten treten einander als Waren gegenüber.« (MEW 23, S. 57) Auch wenn das den üblichen Sprachgewohnheiten, die auf die Frage des juristischen Eigentums ausgerichtet sind, widerspricht – sobald der Staat als Warenproduzent auftritt, ist er aus akkumulationstheoretischer Perspektive selber zum Privatproduzenten geworden.

[5] Zur genaueren politökonomischen Analyse fiktiver Kapitalbildung vgl. Lohoff 2014.

[6] Den Begriff »Geldschöpfung« verwende ich an dieser Stelle nur, weil er etabliert ist. Als Ausdruck fetischistischen Denkens vernebelt er den realen Zusammenhang gleich in zweierlei Hinsicht. Zum einen erhalten die Geschäftsbanken von den Zentralbanken keineswegs simples Geld, sondern von vornherein in Geld*kapital* verwandeltes

als Sammelstellen für Zahlungsversprechen fungieren, bestimmen die Zentralbanken über die Gesamtmasse fiktiven Kapitals mit; durch ihre Geldpolitik können sie auch die innerprivatwirtschaftliche Erzeugung von fiktivem Kapital fördern oder drosseln. Das Geldkapitalangebot der Geschäftsbanken und damit deren Nachfrage nach fiktivem Kapital hängt wesentlich von den Leitzinsen und den Mindestreserven ab, und deren Festlegung gehört nun einmal zu den Kernkompetenzen der modernen Zentralbanken.

In keiner Phase kapitalistischer Entwicklung hat die Akkumulation fiktiven Kapitals eine derart wichtige Rolle gespielt wie in unserer Epoche. Ohne ein tieferes Verständnis dieser Form der Kapitalbildung lässt sich der zeitgenössische Kapitalismus überhaupt nicht verstehen, und die Entwicklungen, die er durchmacht, bleiben unerklärlich. Als ein selbsttragendes Selbstzwecksystem der Wertverwertung hatte der Kapitalismus bereits mit der Krise des Fordismus in den 1970er-Jahren seine historische Schranke erreicht. Neue Entwicklungsspielräume eröffneten sich ihm nur, weil er sich in ein immer monströsere Dimensionen annehmendes Vorgriffssystem auf künftigen Wert verwandelte. Seit den 1980er-Jahren hat die Erzeugung von fiktivem Kapital die auf realer Arbeitsvernutzung beruhende Wertproduktion als Motor des Akkumulationsprozesses abgelöst. Damit hat sich eine Art *inverser Kapitalismus* herausgebildet, in dem das traditionelle Verhältnis von Finanzsektor und fungierendem Kapital auf dem Kopf steht. Der Finanzüberbau ist paradoxerweise zur »Basisindustrie« des Kapitalismus geworden, während die Akkumulation des fungierenden Kapitals nur noch als ein Anhängsel fiktiver Kapitalbildung weiterfunktionieren kann.

Diese grundlegende Veränderung im kapitalistischen Gefüge und die Funktionsweise des inversen Kapitals haben wir in die »Die Große Entwertung«

Geld; denn es entsteht eine Kreditbeziehung, in welcher sich die Geschäftsbanken verpflichten, die geliehene Geldsumme zu einem späteren Zeitpunkt vermehrt zurückzubezahlen. Zum anderen suggeriert der Begriff der »Schöpfung«, Giralgeld entstünde als Ergebnis einer einseitigen Setzung durch einen Demiurgen aus dem Nichts. In Wirklichkeit entspringt alles Buchgeld immer einem Interaktionsverhältnis. Die Zentralbank kann nur Geld »schöpfen«, indem sie mit Geschäftsbanken in Beziehungen tritt, und die Geschäftsbanken, indem sie geeignete Kreditnehmer finden.

(Lohoff/ Trenkle 2012) untersucht. Allerdings verblieb die Darstellung in dieser Arbeit im Wesentlichen auf der logischen Ebene einer Theorie des fiktiven Kapitals im Allgemeinen.[7] Dass der Aufstieg fiktiver Kapitalbildung zur dominanten Form der Akkumulation, die von staatlichen Instanzen direkt beeinflussbare Form der Kapitalbildung, zum Dreh- und Angelpunkt des Systems macht, stand nicht im Fokus. Es wurde zwar erwähnt, dass auf den Geld- und Kapitalmärkten unterschiedliche Typen von Akteuren interagieren, nämliche privatwirtschaftliche Akteure, die Rendite erwirtschaften wollen, und staatliche Akteure, deren Marktteilname ein ganz anderes Motiv zugrunde liegt; die weitreichenden Implikationen sind aber nicht systematisch ausgeleuchtet worden. Um zu einem genaueren Bild der Binnengeschichte des inversen Kapitalismus zu gelangen, ist es aber unerlässlich, der besonderen Rolle der Politik im System der Wertantizipation Rechnung zu tragen.

Dieser Text versucht, diese Lücke in der wertkritischen Theoriebildung zu schließen, und lässt unter diesem Aspekt die Entwicklung der letzten Jahrzehnten noch einmal Revue passieren. Vor allem auf zwei historische Phasen richtet sich dabei das Augenmerk: auf die Installationsgeschichte des inversen Kapitalismus und auf das zur Bewältigung des Crashs von 2008 entstandene Krisenverwaltungsregime. Für die gut drei Jahrzehnte von den Anfängen des inversen Kapitalismus in der Reagan-Ära bis zur Notverstaatlichung maroden privaten fiktiven Kapitals nach der Lehman-Brothers-Pleite lässt sich ein roter Faden erkennen, dem die herrschende Wirtschafts- und Geldpolitik in dieser langen Zeit konsequent folgte. Auch wenn den Protagonisten das vermutlich nicht klar gewesen sein dürfte: Durch alle Wechselfälle hindurch hat die Politik letztlich das getan, was für die Entfesselung und Verlängerung des System fiktiver Kapitalschöpfung jeweils funktional war. Es wäre allerdings voreilig, diese Linie unbesehen in die Zukunft zu verlängern und als selbstverständlich zu unterstellen, dass diese Logik so lange ungebrochen weiterwirken wird, bis die absolute Schranke fiktiver Kapitalschöpfung erreicht ist. In dem Maße, wie

[7] Das gilt noch mehr für den Beitag »Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation« (Lohoff 2014).

die Staaten und die Zentralbanken angesichts drohender weiterer Crashs notgedrungen zu den Hauptprotagonisten der Erzeugung fiktiven Kapitals werden, in demselben Maße kollidieren die ökonomischen Sachzwänge der globalen Krisenverwaltung zusehends zum einen mit den nationalen Sonderinteressen und zum anderen mit legitimationsideologischen Imperativen. Wie im Schlussteil dieses Beitrags vor allem am Beispiel der Griechenland-Krise und des Brexit skizziert wird, kündigt sich bereits in den aktuellen wirtschaftspolitischen Konflikten an, dass eine an den ideologischen Krisenverarbeitungen orientierte Politik drauf und dran ist, im weiteren Krisenverlauf selber zu einer krisenverschärfenden Kraft zu mutieren.

3. Das Zeitalter des fiktiven Kapitals zerfällt in drei Phasen

Je nachdem, in welchem Entwicklungsstadium der inverse Kapitalismus sich gerade befand, hat die Politik in dessen Gesamtgefüge unterschiedliche Aufgaben übernommen. Für einen groben Überblick genügt zunächst einmal die Unterscheidung dreier Phasen. Das Zeitalter des fiktiven Kapitals beginnt mit der Installationsphase des neuen Akkumulationsregimes. In diesem Zeitabschnitt steht die Politik insofern im Zentrum des ökonomischen Umstrukturierungsprozesses, als die Geld- und Wirtschaftspolitik überhaupt erst die Voraussetzungen für die Entfesselung der Finanzmarktdynamik schuf. Im Vorreiterland der neuen Ordnung, den USA, war dieser Prozess bereits Mitte der 1980er-Jahre im Wesentlichen abgeschlossen, in anderen Ländern erstreckte er sich über einen längeren Zeitraum. Daran schloss sich die ein knappes Vierteljahrhundert währende Blütezeit des fiktiven Kapitals an. In dieser Phase war die innerprivatwirtschaftliche Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung selbsttragend geworden, und die Politik konnte in den Hintergrund treten und sich auf eine flankierende Rolle beschränken. Diese Phase endete abrupt mit dem großen Krisenschub von 2008. Zwar ließ sich die Dynamik innerprivatwirtschaftlicher fiktiver Kapitalschöpfung nach dem massiven Einbruch noch einmal in Gang bringen, aber nur durch eine massive Dauerstützung vonseiten des öffentlichen Sektors. Zum einen übernahm dieser die von der Privatwirtschaft bereits verbrannte kapitalistische Zukunft (in der Gestalt von »faulen Papieren«, die in Bad Banks ausgelagert wurden), zum anderen fluteten und fluten die Zentralbanken mit ihrer Negativzinspolitik die Wirtschaft mit frischem Geldkapital und werden damit zum wichtigsten Träger der Produktion fiktiven Kapitals.

An der Wiege des inversen Kapitalismus stand die Politik, und auch in seinen letzten Tagen sind die staatlichen Institutionen unverzichtbar, um sein Leben zu verlängern. In gewisser Weise macht der auf der Erzeugung fiktiven Kapitals gründende inverse Kapitalismus eine ganz ähnliche Entwicklung durch wie vor ihm der auf Mehrwertauspressung gründende klassische Kapitalismus – aller-

dings im Zeitraffer[8]. Auch die Initiative zur Etablierung des Wertverwertungssystems ging in der frühen Neuzeit vom Staat aus.[9] In der mehrhundertjährigen Epoche der »ursprünglichen Akkumulation« (Marx) setzten die sich formierenden absolutistischen Staaten Europas die Trennung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln, insbesondere vom Grund und Boden, durch und erzeugten damit den auf den Verkauf seiner Arbeitskraft angewiesenen »doppelt freien Lohnarbeiter«. Die politische Gewalt hob damit überhaupt erst jene merkwürdige Ware aus der Taufe, die den besonderen Gebrauchswert hat, Mehrwert erzeugen zu können und die aufgrund dieser Eigentümlichkeit als die Basisware des Wertverwertungssystems später Karriere machte.

Als sich der fordistische Nachkriegsboom erschöpft hatte und mit der Verdrängung lebendiger Arbeit aus dem Produktionsprozess im Gefolge der Dritten industriellen Revolution die alte Basisware immer weniger imstande, war ihren Dienst als Grundlage der Wertverwertung zu tun, benötigte der Kapitalismus eine neue Basisware, um aus der strukturellen Akkumulationskrise herauszufinden. Der Übergang zum inversen Kapitalismus hatte dementsprechend den Wechsel der Basisware zum Inhalt. Nicht mehr die lebendige Arbeit, die den Gebrauchswert hat, Mehrwert zu schaffen, stellt das Fundament des kapitalis-

8 Man vergleiche nur, wie lange der Kapitalismus als selbsttragendes Wertverwertungssystem und als selbsttragendes Wertantizipationssystem auf Expansionskurs blieb. Beim klassischen Kapitalismus zog sich diese Kernphase gut ein Vierteljahrtausend hin, beim inversen Kapitalismus gerade einmal ein knappes Vierteljahrhundert.

9 Seit den Tagen Adam Smiths verbreiten die bürgerlichen Ökonomen die Mär, Geld- und Marktwirtschaft hätten sich deshalb durchgesetzt, weil sie in Sachen stofflicher Reichtumsproduktion der traditionellen Naturalwirtschaft haushoch überlegen gewesen wären. Wie Robert Kurz, anknüpfend an die Arbeiten des Historikers Geoffrey Parker, dargestellt hat, ist diese Vorstellung ein Mythos (siehe Kurz, 1999). In Wirklichkeit nahm der Siegeszug der Ware und die Verwandlung der gesellschaftlichen Beziehungen in Geldbeziehungen von der Kriegswirtschaft ihren Ausgang, also von der Destruktionsproduktion. Um nach der Einführung von Feuerwaffen und stehenden Heeren die explodierenden und in Geldform fälligen Kriegs- und Rüstungsausgaben zu decken, erzwangen die frühabsolutischen Staaten eine Monetarisierung des Abgabewesens und schlugen damit eine erste Bresche in die bestehenden, naturalwirtschaftlichen Reproduktionsformen.

tischen Gesamtgebäudes dar, sondern die Ware Geldkapital und ihre okkulte Fähigkeit, sich im Verkauf zu verdoppeln. Anders als der frühabsolutistische Staat musste die Politik die neue Basisware nicht neu erfinden. Geldkapital, das selber als Ware gehandelt wird, existiert bereits seit einigen hundert Jahren.[10] Trotzdem besteht zwischen der Installation des inversen Kapitalismus und der Installationsgeschichte des Wertverwertungssystems insofern eine Parallele, als die sprunghafte Vermehrung von Eigentumstiteln und damit deren Aufstieg zur neuen Basisware keineswegs dem Selbstlauf der Marktprozesse und der Eigendynamik des privatwirtschaftliche Sektors entsprang, sondern Resultat der einseitig auf die exzessive Steigerung der Masse des fiktiven Kapitals ausgelegte Wirtschaftspolitik der Reagan- und Thatcher-Ära war. Insofern könnte man diese Jahre ironisch als die Epoche der ursprünglichen Akkumulation des fiktiven Kapitals bezeichnen.

[10] Schon die 1602 gegründete niederländische Ostindienkompanie war als Aktiengesellschaft organisiert. Und auch das Finanzderivat ist keine ganz neue Erfindung. Warenterminkontrakte gab es bereits im 19. Jahrhundert.

4. Der geheime Fokus der neoliberalen Revolution

Dass die neoliberale Revolution der frühen 1980er-Jahre einen wichtigen Einschnitt in der Wirtschaftsgeschichte darstellt und der Take-off der Finanzmärkte in diese Zeit fällt, hat sich herumgesprochen. Allerdings kann erst die Theorie des inversen Kapitalismus konsistent darlegen, wie konsequent die neoliberale Wirtschaftspolitik darauf hingearbeitet hat, die Vermehrung des fiktiven Kapitals zum Dreh- und Angelpunkt der Gesamtakkumulation zu machen. Solange man nur den Bereich der Gütermarktwarenproduktion für sich betrachtet, ist die Behauptung der neoliberalen Ideologie, der deregulierte Markt sei dem staatlich eingehegten Markt überlegen, durch nichts gedeckt.[11] Bezogen auf diesen Sektor der Gesamtökonomie und den Umfang der Wert- und Mehrwertproduktion, waren fast alle Veränderungen, die der Neoliberalismus auf den Weg brachte, entweder kontraproduktiv oder für das Gesamtsystem irrelevant. In einer Hinsicht war die Wirtschaftspolitik von Reagan und Thatcher der keynesianischen Politik, die noch am Primat des fungierenden Kapitals orientiert war, weit überlegen; nämlich in ihrer Fähigkeit die Eigentumstitelproduktion zu entfesseln. Das und die Rückwirkungen dieser Entfesselung fiktiver Kapitalschöpfung auf die Wirtschaft insgesamt stellen das Erfolgsgeheimnis der neoliberalen Revolution dar. Vor allem vier Aspekte sind hierbei zu nennen:

a) Zu den Eckpunkten der neoliberalen Wirtschaftspolitik gehören bekanntlich die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur und die steuerliche »Entlastung der Leistungsträger«, also eine Umverteilungspolitik von unten nach oben. Schon was diese beiden weit über die Installationsphase des inversen Kapitalismus hinaus aktuell gebliebenen Lieblingsprojekte des Neoliberalismus angeht, ist zu konstatieren, dass sie ausschließlich der finanzindustriellen Produktion zugute kommen, aber keine direkte positive Wirkung auf das System der Wertverwertung haben.

[11] Auf das Verhältnis von realem historischem Prozess und neoliberaler Ideologie gehe ich später noch ausführlicher ein.

Bleiben wir zunächst einmal bei der Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur. Selbstverständlich eröffnet die Auslieferung zentraler Elemente der öffentlichen Dienste wie Post, Eisenbahn, Telekommunikation und Gesundheitswesen an private Kapitalien diesen neue Bereiche für die Erwirtschaftung von Profit. Diese Perspektive mag für das eine oder andere Einzelkapital verlockend sein, das nach erweiterten Anlagemöglichkeiten sucht; doch darf man die Ebene der einzelnen betriebswirtschaftlichen Einheiten nicht mit der gesamtkapitalistischen Bilanz verwechseln.

Werden Infrastrukturunternehmen der öffentlichen Hand entwunden, bleibt die Verwertungsbasis, gesamtkapitalistisch betrachtet, genauso unverändert wie bei der weiter oben schon behandelten Verstaatlichung von Schlüsselindustrien.[12] Die neoliberale Vorstellung, der Markt sorge per se für einen effzienteren Einsatz von Geld und Ressourcen spricht gerade im Infrastrukturbereich der Wirklichkeit Hohn. Die Absurdität der neoliberalen Ideologie springt vor allem beim Aufbau neuer Infrastruktur-Sektoren unter privatwirtschaftlicher Ägide unmittelbar ins Auge. Man nehme nur einen Bereich wie das Mobilfunkwesen, das in den 1990er-Jahren im Rahmen des New Economy Booms in allen kapitalistischen Ländern neu eingerichtet wurde. Weil dieser neue Markt nicht von einem staatlichen Monopolisten erschlossen wurde, sondern von konkurrierenden Privatanbietern, entstanden, statt eines mehrere Parallelnetze, was die Gesamtkosten beim Aufbau und beim Unterhalt selbstverständlich vervielfachte. Fast immer beruhen die Profite auf einer Verteuerung der einst öffentlichen Güter, während gleichzeitig Qualität und Versorgungssicherheit abnehmen. Das

[12] Der öffentliche Sektor umfasst sowohl wertproduktive Bereiche (z.B. die Energieversorgung und den öffentlichen Nahverkehr) als auch rein unproduktive Sektoren, wie das Renten- und Krankenversicherungswesen. Durch Privatisierungen ändert sich der Verlauf dieser Trennlinie keineswegs. Der Lokführer einer staatlichen Eisenbahn ist produktiver Arbeiter, sein Kollege bei einer Privatbahn auch. Der Angestellte einer öffentlichen Krankenversicherung leistet wertunproduktive Arbeit, der Angestellte einer privaten Krankenversicherung ebenfalls. Ausnahmen von dieser Regel ergeben sich nur, wo vom Staat bis dato kostenlos zur Verfügung gestellte Güter Warenform annehmen, etwa wenn öffentliche Bildungseinrichtungen durch Privatschulen ersetzt werden.

wirkt sich aber direkt oder indirekt negativ auf das in den übrigen Branchen operierende fungierende Kapital aus und kann zulasten ihrer Konkurrenzfähigkeit gehen.

Die realwirtschaftliche Verschleuderung von monetären Mitteln entpuppt sich allerdings als Ausdruck einer höheren gesamtkapitalistischen Vernunft, sobald man die Kapitalakkumulation durch die Vermehrung des fiktiven Kapitals in die Überlegungen mit einbezieht. Damit es zur Bildung fiktiven Kapitals kommen kann, müssen zwei Bedingungen zusammenkommen: Zum einen bedarf es realwirtschaftlicher Bereiche, die *für die Zukunft* sprudelnde Einnahmen versprechen;[13] zum anderen müssen die Betreiber privatisierter Infrastrukturen zur Finanzierung Fremdkapital heranziehen, also Kredite aufnehmen oder Aktien ausgeben. Das heißt aber, dass die Privatisierung insofern das System der Wertantizipation auf eine breitere Grundlage stellt, als sich die Angebotspalette an Eigentumstiteln (Anleihen, Aktien etc.) erweitert. Solange die öffentliche Hand direkt als fungierender Infrastruktur-Kapitalist auftritt und nur mit Eigenkapital und Steuermitteln operiert, fällt dieser Wirtschaftssektor als möglicher Bezugspunkt für die Erzeugung fiktiven Kapitals aus. Der Beitrag dieses Wirtschaftsbereichs zur Kapitalbildung durch Vorabkapitalisierung liegt bei Null. Deutlich besser sieht die Sache schon aus, wenn das Infrastrukturunternehmen als eine Aktiengesellschaft mit der öffentlichen Hand als Mehrheitsaktionär organisiert ist. Allerdings setzt auch diese Mischform von öffentlichen und privaten Unternehmen, die in der Regel immer noch dem »Gemeinwohl« verpflichtet bleibt, den Gewinnphantasien und damit auch der erreichbaren Börsenkapitalisierung relativ enge Grenzen. Damit das Potential fiktiver Kapitalschöpfung voll ausgeschöpft werden kann, müssen solche Bremsklötze wegfallen, und der Primat des betriebswirtschaftlichen Kalküls muss gnadenlos durchgesetzt werden.

[13] Wir haben diese realwirtschaftlichen Anknüpfungspunkte als die realwirtschaftlichen Hoffnungsträger für die Produktion fiktiven Kapitals bezeichnet (Lohoff/Trenkle 2012, S. 216ff).

Ganz ähnliche Auswirkungen wie die Privatisierung der staatlichen Infrastruktur hat auch der Zuwachs an privatem Wohneigentum auf Kosten des sozialen Wohnungsbaus. Vom Standpunkt der Wertproduktion ist es im Prinzip unerheblich, ob Menschen ihre eigenen vier Wände erwerben oder immer wieder neu ein Nutzungsrecht an dem fremden Wohneigentum einkaufen, also Miete zahlen. Im zweiten Fall schiebt sich zwischen die Ware und ihrem Nutzer lediglich die ökonomische Zusatzkategorie des Vermieters, politökonomisch betrachtet ein Hybrid aus Grundrentner und Kapitalist. Was die Möglichkeiten der Mehrung fiktiven Kapitals angeht, besteht dagegen ein gravierender Unterschied zwischen Mieten und dem Erwerb von Wohneigentum. Im Prinzip ist der Kauf privater Konsumgüter kein geeigneter Bezugspunkt für die Erzeugung fiktiven Kapitals[14]. Bereits verbrauchte oder in Nutzung befindliche Gebrauchsgüter taugen nun einmal schlecht als Garant der Zahlungsfähigkeit des Konsumenten. Das gilt nicht nur für die Kosten von Urlaubsreisen und Stromrechnungen, sondern selbstverständlich auch für fällige Mietzahlungen. Beim Erwerb einer Eigentumswohnung oder eines Eigenheims sieht das aber anders aus. Nicht nur dass dieser Kauf in der Regel der hohen Summen wegen mit Krediten finanziert werden muss. Bei diesem speziellen Konsumgut dient, im Gegensatz zu allen anderen Konsumkrediten, der zu erwartende Wiederverkaufspreis als wichtigstes Unterpfand für die spätere Realisierung der Zahlungsverpflichtung und damit als Bezugspunkt für die Erzeugung fiktiven Kapitals. Aus diesem Grund ist die Kreditaufnahme für den Ankauf von Wohneigentum mit weitem Abstand der wichtigste Posten bei der Verschuldung der privaten Haushalte.[15] Der Immobilienkauf ist in der Regel die einzige Gelegenheit im Leben von Otto

[14] Die Existenz von Konsumentenkrediten dementiert das nur auf den ersten Blick. Wenn Autos oder Urlaubsreisen auf Pump finanziert werden, ist für das Zustandekommen des Kredits nämlich keineswegs der Wert entscheidend, den der gekaufte Konsumgegenstand möglicherweise in der Zukunft noch repräsentieren wird, sondern das laufende Einkommen des Kreditnehmers oder andere, von der eingekauften Ware unabhängige Sicherheiten.

[15] Selbst in den USA entfallen 71% der privaten Verschuldung heute noch auf Immobilienkredite.

Normalverbraucher, bei der auch er auf der Anbieterseite mit Summen in der Höhe einiger Jahresgehälter am großen Spiel der Erzeugung fiktiven Kapitals mitwirken kann.

b) Das zweite zentrale Element der neoliberalen Politik war die Senkung der Steuerlast für Kapitaleigner und Bezieher hoher Einkommen sowie die brutale Deregulierung des Arbeitsmarkts, die eine massive Reduktion der Löhne und der Arbeitskosten für die Unternehmen zur Folge hatte. Der neoliberalen Ideologie zufolge sollte diese »Entlastung der Realwirtschaft« zur Ankurbelung der Produktion und zur Ausweitung der Investitionstätigkeit führen und die Weltwirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen. Dementsprechend wurde dann auch die Erholung der Weltwirtschaft nach der Krise der 1970er-Jahre auf das Konto dieser Maßnahmen verbucht.

Dabei wird allerdings das Wesentliche übersehen. Vom Standpunkt der Mehrwertproduktion hatte die neoliberale Steuersenkungs- und die von der Thatcher- und der Reagan-Administration erzwungene Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen zwiespältige Folgen. Auf der einen Seite verbessern niedrigere Kosten die Ertragslage der Unternehmen; auf der anderen Seite bedeuten stagnierende oder sinkende Masseneinkommen zunächst einmal sinkende eine Konsumgüternachfrage und können insofern für das fungierende Kapital zum Hindernis bei der Realisation ihrer Waren und damit ihrer Profite werden. Für die Bildung von fiktivem Kapital ist die Bilanz dagegen eindeutig. Bei den unteren Einkommensschichten ist die Sparquote niedrig. Ihr Einkommen setzt sich im Wesentlichen gegen Gütermarktwaren um. Die potentiellen Käufer von Kapitalmarktwaren sind dagegen in erster Linie unter den »Vermögenden« zu suchen. Jede politisch erzwungene Einkommensverschiebung zugunsten dieser sozialen Gruppe steigert damit das Nachfragepotential nach fiktivem Kapital.

Die Privatisierung der Infrastruktur und die neoliberale Steuersenkungspolitik sowie die gezielte Absenkung der Arbeitskosten gehören dementsprechend nicht nur ideologisch, sondern auch ökonomisch zusammen. Erstere brachte zusätzliche realwirtschaftliche Anknüpfungspunkte für die Erzeugung von Eigentumstiteln hervor und steigerte damit das *Angebot* an potentiellem fiktivem

Kapital, die zweitere stärkte durch die Umverteilung abstrakten Reichtums die entsprechende Nachfrage nach Kapitalmarktwaren

c) Die Umverteilung von unten nach oben und die Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur sind, wie schon angemerkt, kein Sondermerkmal der Installationsphase. Diese Eckpunkte des neoliberalen Programms bleiben die gesamte Epoche des fiktiven Kapitals hindurch bestimmend. Bei den Maßnahmen, die ausschließlich in der Zeit der Reaganomics zur Anwendung kamen, springt noch deutlicher ins Auge, wie einseitig sie darauf ausgerichtet waren, die Erzeugung fiktiven Kapitals auf eine neue Stufe zu heben – und das erst einmal auf Kosten des fungierenden Kapitals. Das gilt vor allem für die Hochzinspolitik, die für den Prozess der »ursprünglichen Akkumulation des fiktiven Kapitals« geradezu unabdingbar war. Exorbitante Zinssätze sind für die Realwirtschaft bekanntlich Gift. Hohe Refinanzierungskosten drosseln die Investitionstätigkeit des fungierenden Kapitals und dämpfen den privaten Konsum. Deshalb hatte die keynesianische Politik gerade in Zeiten lahmenden Wachstums immer auf ein niedriges Zinsniveau gesetzt und lieber inflationäre Entwicklungen in Kauf genommen, als die Konjunktur zu gefährden.[16] Die Reagan-Administration vollzog demgegenüber eine 180 Grad-Wendung. Mit der Begründung der Inflationsbekämpfung erhöhte die FED die Leitzinsen drastisch und katapultierte die Zinsen auf ein Rekordniveau.

Auch eine andere Maßnahme der US-Regierung fügte sich passgenau in den Prozess der ursprünglichen Akkumulation des fiktiven Kapitals ein: Sie finanzierte die Steuersenkungspolitik und damit die Entlastung der Reichen durch eine sprunghafte Erhöhung der Staatsverschuldung. Während die Reagan-Administration durch die Entlastung der Reichen die potentielle Nachfrage nach Waren 2ter Ordnung erhöhte, erweiterte sie gleichzeitig mit ihren Staatspapieren das Angebot an solchen Waren und das, dank der Hochzinspolitik, zu höchst attraktiven Bedingungen. In den 1970er-Jahren hatten die Versuche, der Krise

[16] Der damalige deutsche Finanzminister, Helmut Schmidt hat diese Ausrichtung 1972 in einer Rede vor Ruhrkumpels auf eine kurze Formel gebracht: »Mir sind 5% Prozent Inflation lieber als 5% Arbeitslosigkeit.«

mit den Mitteln des Keynesianismus gegenzusteuern, die Renditen für alle Formen des fiktiven Kapitals weltweit in den Keller sinken lassen. Anfang der 1980er verwandelte die neue neoliberale Politik die USA in ein Schlaraffenland für Anlage suchendes Geldkapital.

Auch diese Entwicklung hatte für das heimische fungierende Kapital zwiespältige Konsequenzen. Auf der einen Seite garantierte der Zustrom ausländischen Geldkapitals nicht nur die Zahlungsfähigkeit des US–amerikanischen Staates und damit dessen Staatskonsum, inklusive der Rüstungsausgaben (»Star Wars«), sondern sorgte überhaupt auf dem US-Markt für zahlungsfähige Nachfrage und sicherte damit den Absatz von Waren 1ter Ordnung; in dieser Hinsicht kam dem sprunghaften Wachstum der Außenverschuldung eine ähnliche Funktion zu wie dem klassischen keynesianischen deficit spending. Auf der anderen Seite katapultierte der Zustrom ausländischen Geldkapitals ins Hochzinsland USA den Dollar auf ungeahnte Höhen – mit desaströsen Folgen für die internationale Wettbewerbsposition der US-amerikanischen Industrie. Deshalb machte das Land unter Reagan eine regelrechte De-Industrialisierung durch.

Vom Standpunkt des US-amerikanischen Industriekapitals aus mag das als eine unerquickliche Entwicklung erscheinen; aus der Perspektive des weltkapitalistischen Ganzen hat die Reagan-Administration mit dieser Politik indes einen der Ecksteine der neuen finanzindustriellen Ordnung festgelegt, indem sie der internationalen Arbeitsteilung einen neuen Inhalt gab. In den 1970er-Jahren hatten die USA unter Nixon, Ford und Carter noch verzweifelt versucht, ihre erodierende Weltmarktposition bei der Produktion von Waren 1ter Ordnung zu verteidigen. Dazu hatte die US-Administration zeitweise auf Währungsdumping gesetzt und den Dollar gegenüber den Ersatzweltwährungen Yen und D-Mark ganz bewusst in den Keller rutschen lassen. Sie bewegte sich damit noch im Muster des klassischen Kapitalismus, in dem innerhalb der internationalen Arbeitsteilung die verschiedenen Volkswirtschaften jeweils bestimmte Segmente der Gütermarktwarenproduktion übernahmen. Mit den Reagonomics überließen die USA den Handelspartnern die überfüllten Märkte der Waren 1ter Ordnung und konzentrierten sich selber auf die Erzeugung von handelbaren

Zukunftsversprechen. Die Initialzündung ging dabei vom Staat und der FED aus. Mit der enormen Steigerung des Haushaltsdefizits und der Ausgabe immer neuer Staatspapiere beglückte nicht nur die US–Administration das Anlage suchende Geldkapital der Welt mit einer schnell wachsenden und hochattraktiven Anlagemöglichkeit, sondern mit der Hochzinspolitik, der die anderen Länder nolens volens folgen mussten, verschafften sie den Geld- und Kapitalmärkten insgesamt eine ganz neue Anziehungskraft.

d) Die Epoche der »ursprünglichen Akkumulation«, aus der das Wertverwertungssystem hervorging, zog sich über Jahrhunderte hin. Die Phase der »ursprünglichen Akkumulation« des fiktiven Kapitals nahm nur wenige Jahre in Anspruch. Die Hochzinspolitik fand nach etwa einem halben Jahrzehnt bereits ihr Ende, und auch der Dollar sank 1987 wieder auf jenes Niveau, von dem aus sein Höhenflug begonnen hatte. Das Ende der Hochzinspolitik war unabdingbar dafür, dass der US-Staat als Haupthoffnungsträger abgelöst werden konnte und die selbsttragende Schöpfung von fiktivem Kapital mit privatwirtschaftlichen »Zukunftsindustrien« als realwirtschaftlichem Bezugspunkt an ihre Stelle treten konnte.[17] Der Aktienboom der New Economy, der Ende der 1980er einsetzte, wäre ohne eine Normalisierung des Zinsniveaus nie in Gang gekommen. Trotzdem waren die Reaganomics kein bloßes Intermezzo, sondern insofern bahnbrechend, als sie mit wirtschaftspolitischen Mitteln für eine radikale Neugestaltung des weltwirtschaftlichen Gefüges gesorgt haben. So wurde der Primat der Akkumulation fiktiven Kapitals überhaupt erst durchgesetzt. In den 1970er-Jahren waren die Staaten allesamt noch bemüht gewesen, direkt die Realwirtschaft zu stimulieren, was angesichts der strukturellen Krise der Wertverwertung im Ganzen gesehen scheitern musste. Die Reaganomics entfesselten dagegen die Dynamik des fiktiven Kapitals, was auf der Ebene der Weltwirtschaft auch eine realwirtschaftliche Akkumulation induzierte. Das hervorstechendste Merkmal dieser auf dem Primat fiktiver Kapitalschöpfung beruhenden Akkumulation war eine Neuausrichtung der internationalen Arbeitsteilung. Seit den Reaganomics zerfällt der Kern des kapitalistischen Weltsystems in Län-

[17] Vgl. Lohoff/Trenkle 2012, S. 228f

der wie die USA, die mit der Erzeugung von immer neuen Renditeerwartungen auf den Geld- und Kapitalmärkten reüssieren und deren Wirtschaftswachstum auf dem Export von Eigentumstiteln beruht, und solchen, die diese Eigentumstitel importieren. Deren Wirtschaft wiederum wächst, weil sie im Gegenzug Gütermarktwaren exportieren können. Der wichtigste Kooperationszusammenhang dieser Art, der in der wertkritischen Diskussion traditionell unter dem etwas irreführenden Titel »pazifischer Defizitkreislauf«[18] firmiert, bildete sich schon während der Reaganomics heraus. Der Aufstieg Ostasiens zur Wachstumsregion par excellence und das auf Verschuldung beruhende Wachstum der US-Ökonomie bildeten immer zwei Seiten derselben Medaille. Bei der Arbeitsteilung von Volkswirtschaften, deren Wachstum vom Export Waren 2ter Ordnung abhängt, und solchen, die dank des Exports von Waren 1ter Ordnung akkumulieren, handelte es sich aber keineswegs um eine Spezialität einer bestimmten Weltregion. Wir haben es vielmehr mit einer für die Kapitalakkumulation im inversen Kapitalismus unverzichtbaren Grundstruktur zu tun.

[18] Der Begriff, der sich an den VWL-Begriff des Leistungsbilanzdefizits anlehnt, wurde in einer Phase der wertkritischen Theoriebildung geprägt, als die Theorie der Waren 2^{ter}Ordnung noch nicht formuliert war. Der Begriff suggeriert eine einseitige Übertragung von Waren. In Wirklichkeit geht es aber nicht um einen einseitigen Transfer, sondern um den Tausch unterschiedlicher Warenkategorien.

5. Public-Private-Partnership in der Erzeugung von fiktivem Kapital

In dem Maße wie der Prozess der Akkumulation fiktiven Kapitals selbsttragend wurde und die privaten Geld- und Kapitalmärkte aus ihrer eigenen Dynamik heraus für eine ständige exponentielle Vermehrung der als Waren handelbaren Eigentumstitel sorgten, konnte die Politik ins zweite Glied zurücktreten und sich im Kern darauf beschränken, günstige rechtliche und geldpolitische Rahmenbedingungen für die Bildung privaten fiktiven Kapitals zu garantieren. Auch wenn immer wieder Einbrüche in dem einen oder anderen Sektor des Finanzüberbaus zu einer Entwertung von fiktivem Kapital führte, blieb diese Grundkonstellation etwas mehr als zwei Jahrzehnte erhalten. Selbst nach dem Crash der New Economy Anfang des 21. Jahrhunderts, dem größten Rückschlag bis dahin, genügte eine zeitlich befristete Absenkung der Leitzinsen, um die innerprivatwirtschaftliche Eigentumstitelproduktion wieder auf Touren zu bringen. An die Stelle der geplatzten Dotcom-Blase traten nach einer kurzen Durststrecke Ersatzblasen, vor allem die auf den Subprime-Märkten für Immobilien.

Beim letzten großen Krisenschub, dem Krisenschub vom Herbst 2008, sah dies anders aus. Diesmal erwies sich nicht der eine oder andere Kapitalmarktsektor als marode, es drohte ein Einsturz des gesamten globalen Bankensystems und damit eine Abwärtsspirale sondergleichen. Das ist keineswegs nur das Ergebnis widriger Umstände, sondern verweist auf ein grundsätzliches Problem. Die inneren Widersprüche des inversen Kapitalismus hatten sich bereits zu weit entfaltet, die Akkumulation bereits verbrannter kapitalistischer Zukunft im Bankensystem hatte einen zu großen Umfang erreicht, als dass sie noch in der zwei Jahrzehnte lang bewährten Manier zu bewältigen gewesen wären. Als ein nur von privaten Gewinnerwartungen getragenes System hatte die Kapitalbildung durch Wertantizipation ihre historische Schranke erreicht. In dieser hochgradig prekären Situation demonstrierte die Wirtschafts- und Geldpolitik indes, dass sie noch ein Pfund zum Wuchern hatte. Das System der fiktiven

Kapitalschöpfung brach nicht zusammen, weil jetzt Akteure im ganz großen Stil als Käufer von Waren 2ter Ordnung auftraten, denen es nicht um Profit geht, sondern einzig und allein um die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Zusammenhangs. Die von der neoliberalen Revolution in Gang gesetzte Dynamik, bei der die Akkumulation primär von den privaten Akteuren getragen war, hatte sich zwar erschöpft; eine zweite Revolution, deren wichtigster Träger die Zentralbanken waren, verschaffte dem kapitalistischen Weltsystem aber einen neuen Spielraum. Die Krisenverwaltung schlug ein ganz neues Kapitel in der Geschichte des inversen Kapitalismus auf. Es entstand ein System des Public-Private-Partnership bei der Akkumulation von fiktivem Kapital, das sich durch folgende Arbeitsteilung auszeichnet: Der öffentliche Sektor übernahm die Funktion eines Zwischen- und Endlagers verbrannter kapitalistischer Zukunft. Ein erheblicher Teil der vom privaten Bankensektor akkumulierten nicht realisierbaren Waren 2ter Ordnung wurde in das Eigentum staatlicher und suprastaatlicher Institutionen überführt oder landete bei den Zentralbanken. Parallel zu dieser Übernahme des Entwertungsbedarfs pressen die Zentralbanken mit ihrer Negativzinspolitik seit knapp sieben Jahren ununterbrochen via Kreditgeldschöpfung frisches Geldkapital in das Bankensystem.

In gewisser Hinsicht verhält sich die neue Ordnung des Public-Private-Partnership zur Aufrechterhaltung der Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung spiegelverkehrt zur Phase der ursprünglichen Akkumulation des fiktiven Kapitals. Zunächst einmal drückt sich dies darin aus, dass beide Phasen von einer extremen Leitzinspolitik gekennzeichnet sind, aber mit umgekehrten Vorzeichen. In der Reagan-Ära erreichten die Leitzinsen der FED historische Höchststände, der Spitzenwert belief sich damals auf 18%. In der Zeit nach 2008 wurden sie in den kapitalistischen Kernländern unter die Inflationsrate abgesenkt, und damit auf einen geldpolitisch irregulären Tiefststand, und verharren auf diesem Niveau seit nunmehr sieben Jahren. Und auch die offizielle Begründung für diese Geldpolitik ist heute der von damals diametral entgegengesetzt. Die neoliberale Revolution wurde mit Inflationsbekämpfung legitimiert, die Negativzinspolitik mit dem Kampf gegen die Deflation. Zugleich hat auch die Funktion gewechselt,

in der die staatlichen Institutionen auf den Geld- und Kapitalmärkten auftreten. In der Phase der ursprünglichen Akkumulation von fiktivem Kapital trat der Staat fast ausschließlich als Verkäufer von Eigentumstiteln in Erscheinung, während die Zentralbanken, die abstrakte Allgemeinheit des Monetären, als Ankäufer von fiktivem Kapital höchst zurückhaltend agierten.[19] Nach dem Einbruch von 2008 trat die öffentliche Hand plötzlich auch als Notaufkäufer von fiktivem Kapital in Erscheinung (»Bad Banks«). Vor allem die Zentralbanken agierten und agieren bis heute als Großaufkäufer fiktiven Kapitals.

2008 hieß es noch, bei der staatlichen Bankenrettung und der Negativzinspolitik handle es sich um kurzfristige Notmaßnahmen. Aus dem geldpolitischen Ausnahmezustand ist inzwischen aber längst ein Dauerzustand geworden. Zwar ist die akute Notsituation vom Herbst 2008 längst Geschichte; wie die historischen Aktienhöchstständen in den folgenden Jahren dokumentieren, hat die innerprivatwirtschaftliche Erzeugung von fiktivem Kapital spätestens seit 2010 wieder Fahrt aufgenommen, und längst sind neue Blasen entstanden. Die innerprivatwirtschaftliche Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung hat sich allerdings nie so weit stabilisiert, dass die Zentralbanken zu einer Zinswende hätten schreiten können. Dementsprechend wird die »unkonventionelle« Geldpolitik der Öffentlichkeit inzwischen etwas anders verkauft als an ihrem Beginn, nämlich als das geeignetste Mittel, um angesichts »deflationärer Tendenzen« das traditionelle Ziel der Geldwertstabilität sicherzustellen.

Dechiffriert man Deflation als einen Prozess der relativen Entwertung der besonderen Gütermarktwaren gegenüber der allgemeinen Ware, dem Geld, dann ist diese Deutung auf einer ganz grundsätzlichen Ebene sogar in einer verqueren Weise richtig. Wenn sich das relative Austauschverhältnis zwischen besonderen Waren und allgemeiner Ware aufgrund einer Entwertung der besonderen Waren zu verändern droht, dann ist eine Rückkehr zum Status quo ante auf zwei Weisen möglich: Entweder endet der Entwertungsprozess der besonderen Waren (Deflation), oder die Entwertung der besonderen Waren wird durch die Entwertung der allgemeinen Ware (Inflation) ergänzt. Es liegt außerhalb der

[19] Im verqueren VWL-Jargon firmierte das als Politik des »knappen Geldes«.

Reichweite der Geldpolitik für ersteres zu sorgen, ergo schlug sie den zweiten Weg ein und leitete eine strukturelle Entwertung der allgemeinen Ware ein.

6. Zur Politischen Ökonomie negativer Realzinsen

Wer das moderne Geldsystem begreifen will, muss zwischen Geldsymbolen, privatem Kreditgeld und der eigentlichen Geldware unterscheiden. Das was uns alltäglich im Zahlungsverkehr als Geld begegnet, sind immer privates Kreditgeld und Geldsymbole wie Banknoten und Münzen. Die eigentliche Grundlage des Geldwesens, die Geldware, findet sich ganz woanders, nämlich in den Zentralbankbilanzen. In einem vom Gold abgelösten Geldsystem entsteht die allgemeine Ware in der Kreditbeziehung zwischen Geschäftsbanken und Zentralbank (vgl. Lohoff 2014, S. 13ff). Es ist nichts anderes als das fiktive Kapital, das sich letztere einhandeln, wenn sie Kredite an Geschäftsbanken vergeben; denn dem Zentralbankgeld, das die Geschäftsbanken erhalten, stehen ja Zahlungsansprüche der Zentralbanken gegenüber.[20]

Aus dieser Perspektive markiert das Jahr 2008 aber einen historischen Einschnitt. Zum einen wurde der eherne Grundsatz jeder stabilitätsorientierten Geldpolitik, demzufolge die Geschäftsbanken Zentralbankgeld nur gegen erstklassige Sicherheiten leihen dürfen, in sein Gegenteil verkehrt. Bei den Zentralbanken sammelt sich heute fiktives Kapital mit einer hohen Entwertungswahrscheinlichkeit an statt monetärer Ansprüche, deren Einlösbarkeit über jeden Zweifel erhaben scheint. Genauso bemerkenswert wie der Qualitätsverfall bei den Zentralbank-Sicherheiten ist aber der neue Inhalt, den die Beziehung zwischen Zentralbanken und Geschäftsbanken bekommen haben. Kreditbeziehungen liegt bekanntlich immer dasselbe Prinzip zugrunde: Der Kreditnehmer bekommt eine bestimmte Geldsumme unter der Bedingung, dass er diese Geldsumme zu einem späteren Zeitpunkt vermehrt zurückgibt. Die Kreditbeziehung ist darauf ausgelegt, dass sich in ihr das Geldkapital des Kreditgebers vermehrt. Das macht sie für ihn zu Kapital. Vor 2008 galt das selbstverständlich auch für die wichtigste Form der Zentralbankgeldschöpfung, die Kreditvergabe der Zentralbank an Geschäftsbanken. Die Nutzung des Zentralbankgeldes war für die

[20] In der Regel müssen die Geschäftsbanken Wertpapiere als Sicherheit für die von der Zentralbank gewährten Kredite hinterlegen.

Geschäftsbanken als Kreditnehmer mit Kosten verbunden. Im Krisenaufschubsystem unserer Tage geht der mit Kreditbeziehungen untrennbar verknüpfte Reichtumstransfer aber inzwischen in die entgegengesetzte Richtung. Die Zinssätze, zu denen die Geschäftsbanken von den Zentralbanken Kredite erhalten, sind in den letzten Jahren so weit herabgesetzt worden, dass zumindest inflationsbereinigt die Geschäftsbanken einen geringeren Betrag als die ursprünglich ausgeliehene Summe an die Zentralbanken zurückzahlen müssen.[21] Am Ende der Kreditbeziehung ist also sogar noch abstrakter Reichtum an den Kreditnehmer abgetreten worden.

Die neue führende Rolle der Zentralbanken bei der Erzeugung fiktiven Kapitals steigert die Fähigkeit des Gesamtsystems, künftigen Wert vorab in gesellschaftliches Zusatzkapital zu verwandeln, enorm. Allerdings hat diese Art der Rettung gewisse Schönheitsfehler. Zunächst einmal sind selbstverständlich auch die bereits in Public-Private-Partnership erzeugten Spekulationsblasen nicht für die Ewigkeit gemacht. Ob die Erschütterungen an den chinesischen und brasilianischen Börsen im Jahr 2016 schon Vorboten des nächsten großen Einbruchs sind oder nicht, früher oder später werden die Blasen platzen. Zum anderen hat die neue Krisenlösung, eine Art »Finanzmarktkommunismus« zugunsten der Geschäftsbanken, den Pferdefuß, dass sie den Krisenprozess um eine neue Dimension bereichert: Die Entwertung wird dadurch in die Zukunft verschoben, dergestalt dass ein wachsender Teil des Entwertungsbedarfs vom privaten fiktiven Kapital auf die allgemeine Ware übertragen wird. Dieser Preis ist allerdings erst dann zu entrichten, wenn auch die gestützte Variante des inversen Kapitalismus an seine Grenzen stößt und die im Gefolge der unkonventionellen

[21] Die Leitzinsen der US-amerikanischen FED lagen bereits Ende 2008 bei 0,13% und wurden Ende 2015 auf 0.38% angehoben. In den anderen westlichen Ländern sind die Leitzinsen in den letzten Jahren immer wieder abgesenkt worden. In Großbritannien liegt der Leitzins derzeit bei einem Rekordtief von 0.25%, in Japan bei 0.05% und bei der EZB bekommen die Geschäftsbanken Geldkapital für einen Zinssatz von 0.00%. Wer glaubt, weniger ginge nicht, wird durch das Beispiel der Schweiz eines Besseren belehrt: Dort liegt der Leitzins inzwischen bei -0,75%. Vgl. `http://www.finanzen.net/leitzins/`

Geldpolitik notdürftig wieder in Gang gekommene Dynamik privater fiktiver Kapitalschöpfung erlahmt.

7. China als ideeller Gesamtkapitalist

Der Entwicklungsspielraum, den die Politik dem Kapitalismus mit dem Übergang zur Public-Private-Partnership bei der Erzeugung fiktiven Kapitals verschafft hat, ist beträchtlich, aber auch nicht unbegrenzt. Es wäre eine eigene theoretische Aufgabe, diesen genauer abzuschätzen. Diese Frage werde ich an dieser Stelle nicht weiterverfolgen, weil ein anderes Problem zunächst einmal von größerer praktischer Bedeutung ist. Um den theoretisch vorhandenen Akkumulationsspielraum bis zum letzten auszureizen, müsste die Politik bis zum bitteren Ende einen vom weltkapitalistischen Gesamtstandpunkt »rationalen« Kurs durchhalten, wenn man das Wort »rational« im Zusammenhang mit einem durch und durch irrationalen System überhaupt benutzen darf. Das mag im Großen und Ganzen in den letzten drei Jahrzehnten der Fall gewesen sein, es gibt aber gute Gründe, diese Linie nicht einfach in die Zukunft zu verlängern. Gerade weil die Politik heute weit mehr in der Pflicht ist als in der Zeit der sich selbsttragenden Akkumulation von fiktivem Kapital, besteht die Gefahr, dass sie sich an der Sachzwanglogik und den Gesetzmäßigkeiten des fiktiven Kapitals versündigt. Der Übergang zur gestützten Akkumulation von fiktivem Kapital schafft nämlich neue, bisher unbekannte Widersprüche, die das kapitalistische Weltsystem zu zerreißen drohen. Zum einen gewinnen die strukturellen Interessengegensätze zwischen den verschiedenen kapitalistischen Kernländern eine bis dato unbekannte Schärfe. Der Zwang bei der globalen Krisenverwaltung zu kooperieren, kollidiert insbesondere mit den Sonderinteressen der Weltregionen mit Gläubigerstatus, wie wir gleich sehen werden. Zum anderen lassen sich die Aufgabe der Politik bei der Krisenverwaltung immer schlechter mit ihrer ideologischen Integrationsfunktion unter einen Hut bringen.

Weiter oben wurde schon darauf hingewiesen, dass der inverse Kapitalismus an eine bestimmte internationale Arbeitsteilung gebunden ist. Das Kapital kann global akkumulieren, weil Staaten wie die USA Waren 2ter Ordnung exportieren und im Gegenzug andere Weltregionen erfolgreich Waren 1ter Ordnung ausführen. Solange die Renditeerwartungen privater Anleger den Import fiktiven Kapitals in Gang setzen und am Laufen halten konnten, beschränkte sich der

Beitrag der internationalen Politik zur Herstellung dieser Win-Win-Situation darauf, alle dem freien Fluss des fiktiven Kapitals im Wege stehenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen (etwa Kapitalverkehrskontrollen). Als die privaten Renditeerwartungen 2008 reihenweise platzten, waren die Staaten und Zentralbanken der Importeure von fiktivem Kapital gefordert. Wenn der Motor der Weltkonjunktur der Austausch von Waren 1ter Ordnung gegen Waren 2ter Ordnung zwischen verschiedenen Weltregionen ist, dann heißt die Weltwirtschaft retten, diesen Austausch aufrechterhalten, und dazu müssen in der Krisensituation die staatlichen Institutionen der Gläubigerländer für die Privatwirtschaft in die Bresche springen. Sie müssen in irgendeiner Form die Haftung für die Schulden der Partner übernehmen und zu Notankäufen von ausländischen Schuldtiteln schreiten. Damit das weltwirtschaftliche Gefüge nicht einstürzt, genügen also auf den jeweiligen volkswirtschaftlichen Rahmen beschränkte Bad Banks nicht; damit zumindest die für das kapitalistische Weltsystem unverzichtbaren Schuldner-Volkswirtschaften nicht wegbrechen, bedarf es so etwas wie eines grenzüberschreitend operierenden Bad Bank-Systems.

Gerade was den wichtigsten Kooperationszusammenhang – den transpazifischen – angeht, klappte in der akuten Krisensituation 2008/2009 das internationale Krisenmanagement erstaunlich gut. Damals drohte nach der Lehman Brothers-Pleite eine allgemeine Fluchtbewegung von privatem Geldkapital aus den USA, die nicht nur den USA den Todesstoß versetzt hätte, sondern auch die ostasiatische Exportmaschine schlagartig zum Erliegen gebracht hätte. In dieser angespannten Situation ging vor allem China, der wichtigste Gläubiger der USA, bei der Einrichtung eines transnationalen Bad Bank-Systems mit gutem Beispiel voran. Die chinesischen Staatsfonds agierten konsequent antizyklisch und steigerten noch einmal ihr US-Engagement. Sie mutierten zur wichtigsten inoffiziellen Bad Bank für US-amerikanische Staatspapiere.[22] In diesem histori-

[22] Anfang 2013 besaß China US-Staatsanleihen in Höhe von 1,2 Billionen Dollar. `http://www.welt.de/finanzen/article12668190/USA-schulden-China-deutlich-mehr-Geld-als-bekannt.html`

schen Augenblick handelte die chinesische Regierung so, als wäre sie von einem globalen »ideellen Gesamtkapitalisten« beauftragt worden.

Warum die chinesische Führung derart »altruistisch« verfuhr, lässt sich allerdings leicht erklären: Ihr Eigeninteresse fiel in dieser spezifischen Situation mit dem kapitalistischen Gesamtinteresse in eins. Ein Zusammenbruch der US-amerikanischen Verschuldungswirtschaft hätte Chinas Wirtschaft doppelt getroffen. Zum einen wären die Exportindustrien in eine schwere Krise gestürzt, zum anderen hätte das eine Entwertung der bereits im chinesischen Besitz befindlichen US-amerikanischen Papiere nach sich gezogen. Vor diesem Hintergrund entschied sich Chinas Regierung für das geringere Übel und stützte das System auch auf die Gefahr hin, zu einem späteren Zeitpunkt auf einem noch höheren Berg von Schrottpapieren sitzen zu bleiben.

Der Übergang zu einer transnationalen Public-Private-Partnership bei der Produktion von fiktivem Kapital wurde im Falle Chinas sicherlich dadurch erleichtert, dass es sich aufgrund des staatskapitalistischen Charakters dieses Landes erübrigt, neue Akteure ins Spiel zu bringen. Die chinesischen Staatsfonds taten, was sie vorher auch getan hatten, und kauften US-amerikanische Schuldtitel. Nur das treibende Motiv hatte gewechselt. An die Stelle des Renditeinteresses waren die Notwendigkeiten der Krisenverwaltung getreten.

Die Bereitschaft der chinesischen Regierung letztlich verlorenem Geld noch mehr Geld hinterherzuwerfen, wurde insofern nicht weiter strapaziert, als im Gefolge der Intervention die private Nachfrage nach US-amerikanischen Papieren sich relativ schnell wieder erholte. Die chinesischen Staatsfonds mussten also nicht permanent Papiere nachkaufen, die dauerhaft auf Talfahrt gewesen wären. Sie konnten in der Zwischenzeit ihr US-Engagement sogar etwas zurückfahren. Sollte der nächste Krisenschub abermals von den USA seinen Ausgang nehmen, steht es in den Sternen, ob China, als nach wie vor größter Gläubiger der USA noch einmal den Retter in der Not spielt. Seit dem Crash von 2008 ist die innerchinesische Produktion von fiktivem Kapital explodiert. Das hat zum einen die Abhängigkeit des Landes von der US-Konjunktur etwas relativiert, zum anderen hat die chinesische Führung alle Hände voll damit zu tun,

das Platzen der entstandenen Blasen hinauszuschieben. Beides macht es eher unwahrscheinlich, dass Chinas Staatsfonds im Bedarfsfall noch einmal für das fliehende private Geldkapital der Welt in die Bresche springen.

8. Europa zentrifugal

Auch in der Eurozone hat sich – wenn auch in kleinerem Maßstab als im pazifischen Raum – eine Arbeitsteilung zwischen Staaten herausgebildet, die Waren 1ter Ordnung exportieren und solchen, die Waren 2ter Ordnung exportieren. In den Nullerjahren profitierten der Süden Europas und Länder wie Irland erheblich von der Gemeinschaftswährung, weil sie zu attraktiven Anlagestandorten für das Finanzkapital aufstiegen. In Irland expandierte der Bankensektor extrem stark, während Spanien einen Immobilienboom erlebte. Standorte mit starker Industrie, wie vor allem Deutschland, profitierten wiederum vom finanzkapitalistischen Boom, weil er ihnen expandierende Absatzmärkte verschaffte.

Als in Europa das private Geldkapital sich im Gefolge des Crashs von 2008 aus dem Süden zurückzog, gestaltete sich der Übergang zu einem gestützten System fiktiver Kapitalschöpfung weit friktionsreicher als im Verhältnis zwischen den USA und Ostasien. Zudem blieb die neue Ordnung dauerhaft prekär. Anders als in China gab es 2008 in Europa keine Staatsfonds, denen die europäische Administration die Order zu einer Aufkaufpolitik hätte geben können. In der Gestalt des ESFS (European Financial Stability Facility) bzw. seines Nachfolgers des ESM (European Stability Mechanism) mussten erst neue suprastaatliche Institutionen für die Sicherstellung der Geldkapitalversorgung in den Krisenländern geschaffen werden. Das war aber noch das geringste Problem. Schwerer wog, dass Europas »Reich der Mitte« sich wesentlich weniger kooperativ zeigte als China. Die deutsche Regierung fand sich nur sehr zögerlich und unter der Bedingung harscher Auflagen dazu bereit, die Zahlungsfähigkeit der südeuropäischen Partnerländer zu garantieren.

Beim Kriseneinbruch waren die deutschen Geschäftsbanken noch in großem Stil in Südeuropa engagiert. Die dortige Finanzmarktmalaise drohte deshalb unmittelbar auf das hiesige Bankensystem zurückzuschlagen. Vor diesem Hintergrund hatte die Merkel-Regierung in der akuten Krisensituation gar keine andere Wahl, als die Rettung des südeuropäischen Bankensystems mitzutragen. Nachdem Europas öffentlicher Sektor das private Bankensystem von der Last

der von Entwertung bedrohten Eigentumstitel südeuropäischer Provenienz weitgehend befreit hatte, war diese Rückschlaggefahr im Wesentlichen gebannt. Das bremste merklich die Bereitschaft der deutschen Regierung, die Bonitätsweitergabe an die Partnerländer zu verstetigen, wie vor allem die Debatte um die Eurobonds dokumentiert, und machte das Verhältnis zwischen den Geber- und Nehmerländern höchst konfliktträchtig. Solange eine mögliche Zahlungsunfähigkeit Griechenlands und anderer südeuropäischer Staaten das europäische Finanzsystem insgesamt bedrohte, zwang ihr Eigeninteresse die Geberländer zum Entgegenkommen. In dem Maß wie die deutschen, österreichischen und holländischen Geschäftsbanken ihre Risiken schon ausgelagert hatten, geriet Südeuropa Deutschland und Co. gegenüber in eine miserable Verhandlungsposition. Auf frisches Geldkapital angewiesen, aber in ihrer Malaise für Deutschland momentan nur bedingt systemrelevant, konnte die Merkel-Regierung die Bedingungen für den für die südeuropäischen Partnerländer unabdingbaren Bonitätstransfer nach ihrem Gusto diktieren. Vor allem für Griechenland galt das Motto »Friss oder stirb!«.

Aber nicht nur die Krisenländer leiden unter den Versuchen der deutschen Regierung sich aus der Haftungsgemeinschaft mit den Partnerländern herauszustehlen. Auch vom Standpunkt des europäischen Gesamtzusammenhangs ist der nur verzögerte Bonitätstransfer kontraproduktiv, weil er die Gesamtkosten der Refinanzierung unnötigerweise in die Höhe treibt. Entscheidend sind in diesem Zusammenhang die Zinsen, die die notleidenden Staaten bieten müssen, um ihre Staatspapiere noch abzusetzen. Besonders extrem ist das griechische Beispiel. Entscheidend sind in diesem Zusammenhang die Zinsen, die die notleidenden Staaten bieten müssen, um ihre Staatspapiere noch abzusetzen. Besonders extrem ist das griechische Beispiel. Als 2012 unklar war, ob die Partnerländer den Staatsbankrott in Kauf nehmen würden, kletterten die Zinsen für 10-jährige griechische Staatsanleihen auf bis zu 28 %, und auch 2015 lagen sie, nach einer zwischenzeitlichen Senkung, infolge der brutalen Politik Schäubles gegenüber der Syriza-Regierung wieder über 10 %. Aber auch die Kosten für die Refinanzierung der portugiesischen, spanischen und italienischen Staatsschulden wären

mit Eurobonds deutlich niedriger ausgefallen als bei einem System, das formell am Prinzip der nationalen Zurechnung von Staatsschulden festhält, um es im Fall akuter Krisenschübe dann doch nicht durchhalten zu können.

Seit 2010 geistert als Synonym für die Eurokrise der Begriff der »Staatsschuldenkrise« durch die hiesigen Gazetten. Diese Bezeichnung hat insofern ein empirisches Substrat, als die Staatsverschuldung mit dem Krisenschub von 2008 und der Überführung der nicht realisierbaren Schuldtitel der Geschäftsbanken in öffentliches Eigentum in allen kapitalistischen Ländern einen gewaltigen Sprung nach oben gemacht hat – auch in den hierzulande seitdem als die »PIIGS«-Länder denunzierten Euro-Mitgliedsstaaten. Trotzdem handelt es sich beim Ausdruck Staatsschuldenkrise um eine irreführende Namensgebung. Zum einen ist in ihr ausgelöscht, was die Staatsverschuldung nach 2008 nach oben katapultiert hat, nämlich das »Marktversagen«, das die Staaten gezwungen hat, in die Bresche zu springen; vor allem aber vernebelt er, was »Krisenländer« und Gewinnerregionen der frühen 2010er-Jahre tatsächlich voneinander unterscheidet. Anders als der Ausdruck Staatsschuldenkrise suggeriert, hängt es mitnichten vom absoluten Stand der Staatsverschuldung ab, ob ein Land mit einer manifesten Krise zu kämpfen hat oder zurück in die Wachstumsspur fand. Für den Standorterfolg war vielmehr entscheidend, ob ein Land hinlänglich am neuen Zyklus der Bildung von fiktivem Kapital profitiert oder nicht.[23]

---

[23] Nur zum Vergleich: Japans Staatsverschuldung stieg zwischen 2007 und 2014 von 183% auf 246% des BIP. (`http://de.statista.com/statistik/daten/studie/152666/umfrage/staatsverschuldung-japans-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/`) In Griechenland wuchs sie im gleichen Zeitraum angesichts eines dramatisch schrumpfenden Bruttoinlandsprodukts von 107% auf 174%. (`http://de.statista.com/statistik/daten/studie/167463/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/`) Trotzdem steckt nur Griechenland in der Staatsschuldenkrise, Japan aber nicht. Was macht den Unterschied? Fiktives Kapital japanischer Provenienz findet private Abnehmer, wie sich am Steigen des Nikkei-Index von 7568 Punkten im Februar 2009 auf über 20000 Punkte im Mai 2015 festmachen lässt. (`http://www.finanzen.net/index/Nikkei_225/Historisch`) Griechenland dagegen blieb für das Anlage suchende private Geldkapital mehr oder minder eine No-Go-Area.

Im Zeitalter des inversen Kapitalismus kann sich das kapitalistische Weltsystem von den Einbrüchen bei der Kapitalakkumulation nur erholen, wenn an die Stelle der geplatzten Spekulationsblasen neue und größere treten. Der Wechsel der Anlagefelder für die Basisware Geldkapital geht häufig mit einer Verschiebung der jeweiligen Wettbewerbspositionen verschiedener Standorte einher. An der Aufschwungdynamik partizipieren primär jene Weltregionen, die die realwirtschaftlichen Hoffnungsträger für den neuen Boom stellen sowie Standorte, die die für den neuen Hoffnungsträgerbereich notwendigen Investitionsgüter erzeugen.

In Europa ging in dieser Hinsicht der Boom der frühen 2010er-Jahre mit einer extremen Polarisierung einher. Südeuropa zählte zu den eindeutigen Verlierern. Während Länder wie Spanien oder Irland im vorhergehenden Zyklus gut mit im Geschäft gewesen waren, ging der Aufschwung ab 2010, sowohl was die Gütermarktwaren als auch die Kapitalmarktwaren betraf, voll an dem vorbei, was diese Regionen Europas aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur zu bieten hatten. Das gilt besonders für Griechenland. Dort hatte sich schon in den Nullerjahren die Beteiligung des privaten Sektors an der Emission von Eigentumstiteln in engen Grenzen gehalten, und das Land hatte von der Euro-Einführung nur insofern profitiert, als der Staat sich zu günstigen Konditionen verschulden konnte. Private Hoffnungsträger, auf die sich das fiktive Kapital richten konnte, waren Mangelware.

Ein ganz anderes Bild bot sich indes nördlich der Alpen. Die Veränderungen, die das weltwirtschaftliche Gefüge in den frühen 2010er-Jahren durchmachte, waren Deutschlands Wirtschaftsstruktur wie auf den Leib geschneidert. Viele Jahrzehnte hatte dieser Standort mit seinem vergleichsweise schwach entwickelten Dienstleistungssektor und seiner einseitig auf die industrielle Produktion ausgerichteten Exportwirtschaft als rückständig gegolten. Nun jedoch verwandelte sich genau diese vermeintlich anachronistische Ausrichtung in einen Wettbewerbsvorteil sondergleichen. Mit seiner Investitionsgüterindustrie wie dem Maschinenbau war das Land dazu prädestiniert, von den gigantischen Infrastrukturmaßnahmen der BRIC-Staaten zu profitieren, die vom 2008er-Crash nicht so

stark getroffen worden waren (wie Brasilien) oder die wie China die Konjunktur durch die interne Schöpfung von fiktivem Kapital ankurbelten. Gleichzeitig stieg der Kapitalmarktstandort Deutschland zum neuen Mekka des Fluchtkapitals auf. Das Land wurde dafür belohnt, dass es in den Nullerjahren von der Akkumulation des fiktiven Kapitals, hauptsächlich vermittelt über die induzierte Wertproduktion, also über die Belieferung der Märkte mit Gütermarktwaren, profitiert hatte. In der verqueren Wahrnehmung der öffentlichen Meinung und des sogenannten ökonomischen Expertentums stellte sich dies so dar, als sei die deutsche Wirtschaft »solide« geblieben, und deswegen gilt sie nun als sicherer Hafen für Geldkapital aus aller Welt, das massenhaft zuströmt (und übrigens hier u.a. die Immobilienspekulation massiv anheizt).[24]

Auch ein staatenübergreifendes Bad Bank-System hat eine absolute Schranke. Diese wäre erreicht, wenn die Haftungsübernahme für die Schuldnerländer auf die Stellung der Geberländer auf den Kapitalmärkten zurückschlüge. Der Euro-Raum ist von diesem Punkt allerdings weit entfernt. Solange der gegenwärtige Zyklus währt, verfügt Europas »Reich der Mitte« als das Gewinnerland par excellence im neuen weltumspannenden System der Public-Private-Partnership über ein beeindruckendes Potential zur Mobilisierung fiktiven Kapitals. Seine privilegierte Stellung in der derzeitigen globalen Arbeitsteilung würde es ihm ohne Weiteres erlauben, durch einen großzügigeren Bonitätstransfer das Wohlstandsniveau der Partnerländer zu sichern, statt Ländern wie Griechenland einen Verarmungsschub zu oktroyieren, ohne dass dies sich negativ auf die Attraktivität als Anlagestandort für Geldkapital auswirken würde.[25] Denkt man

---

[24] Besonders deutlich lässt sich das an der Rendite für deutsche Staatspapiere ablesen. So schreibt das Handelsblatt am 27.5.2013: »Einen Zins von 0.0011 Prozent verlangen Investoren, wenn sie dem Bund Geld leihen. Die Nachfrage nach Staatspapieren steigt, obwohl die Minizinsen den Inflationsverlust nicht kompensieren können.« `http://www.handelsblatt.com/finanzen/maerkte/anleihen/deutsche-staatspapiere-bund-finanziert-sich-zum-mini-zins/8260406.html`

[25] Der DGB machte sich für einen erhöhten Bonitätstransfer stark und präsentierte 2012 einen klassisch keyesianisch orientierten »Marshallplan für Europa«. Dieser sah jährliche Investitionen von 150 Mrd Euro vor, die vor allem einer europäischen Energiewende dienen und mit der Ausgabe von Eurobonds finanziert werden sollten. Was

über den gegenwärtigen Zyklus hinaus, dann erweist sich eine Austeritätspolitik erst recht als wenig funktional. Angesichts des Entwertungsbedarfs, vor dem die Weltwirtschaft insgesamt und ihr derzeitiges Lieblingskind stehen, ist das Fälligwerden der akkumulierten Bürgschaften für die Partnerländer ungefähr genauso bedrohlich wie ein tropfender Wasserhahn angesichts eines Rohrbruchs.

Der Übergang zum System der Public-Private-Partnership bei der Produktion fiktiven Kapitals hat Deutschland zwar das Potential verschafft, die Geldkapitalversorgung der Partnerländer sicherzustellen, zum Schaden der südeuropäischen Euro-Länder hat er aber noch eine weitere Konsequenz. Er hat die deutsche Regierung von dem unmittelbaren Zwang befreit, dieses Potential auch in hinlänglichem Umfang abzurufen. Europas Reich der Mitte befindet sich den PIIGS-Staaten gegenüber in einer völlig anderen Situation als Asiens Reich der Mitte gegenüber den USA während des Krisenschubs 2008/2009. China musste damals aus purem Eigeninteresse den amerikanischen Partner retten. Dagegen beeinträchtigt das Elend der Partner den hiesigen Standort vorderhand nicht weiter. Zum einen hat, wie schon erwähnt, der drohende Staatsbankrott von Ländern wie Griechenland mit der Übertragung der entwertungsbedürftigen Papiere von den Geschäftsbanken auf den öffentlichen Sektor für die Finanzmärkte viel von seinem Schrecken verloren. Zum anderen hat der Export von Gütermarktwaren in die europäischen Partnerländer für Deutschland nach dem Krisenschub von 2008 gegenüber der vorhergehenden Periode erheblich an Bedeutung eingebüßt. Spätestens seit 2010 überkompensieren die Exporte in die USA und vor allem in die BRIC-Staaten die rückläufigen Exporte in den Euro-

die dauerhaften Wachstumseffekte angeht, lief dieser Plan natürlich auf eine Milchmädchenrechnung hinaus. Ein dauerhaftes selbsttragendes Wachstum würde sich in Europa selbstverständlich genausowenig einstellen wie in China, wo die Führung als Antwort auf den Krisenschub von 2008 die größte Investitionsruinenlandschaft aller Zeiten aus den Boden stampfen ließ. Finanzierbar wären die vom DGB vorgeschlagene Programme aber durchaus gewesen und erst recht natürlich Programme, die sich auf die für die Bedürfnisse der breiten Bevölkerung relevanten Sektoren konzentrieren und die sich bei der Mobilisierung von fiktivem Kapital nicht erst mit hohlen Wachstumsversprechen legitimieren.

Raum. Dank der Verschuldungsoffensive der USA und der Länder in Fernost brummt die deutsche Wirtschaft derart, dass hierzulande gegen den allgemeinen Trend die Staatsverschuldungsquote sogar rückläufig ist. Vor diesem Hintergrund fällt es leicht, gegenüber den europäischen Partnern sich als die Inkarnation einer soliden Haushaltspolitik zu gebärden.

9. Der drohende Zerfall des Weltkapitals

Mit der Etablierung eines Systems der Public-Private-Partnership bei der Produktion fiktiven Kapitals haben die Regierungen und Zentralbanken die private Kapitalakkumulation vor dem drohenden Kollaps gerettet und ihr einen neuen Spielraum eröffnet. Es wäre eine eigene, noch zu leistende theoretische Aufgabe, dessen Reichweite zu bestimmen. Dieser Beitrag spart diese genuin akkumulationstheoretische Frage aus zwei Gründen aus. Zum einen würde er von der Fragestellungen unseres Textes, wegführen, die da lautet: Wie ist im Lichte der Theorie des inversen Kapitalismus das Verhältnis von Politik und Ökonomie zu bestimmen, und wie gestaltet es sich in den verschiedenen Phasen konkret? Zum anderen ist ein damit verbundenes Problem von eminenter praktischer Bedeutung: Kann die Politik ihr volles Krisenverschiebungspotential überhaupt ausreizen?

Ein grundlegendes Problem war bereits weiter oben implizit Thema: Im Gegensatz zum Markt, der sich längst zum Weltmarkt entfaltet hat, bleibt die Politik an den nationalstaatlichen Bezugsrahmen gebunden. Das Wohlergehen des jeweiligen Standorts, nicht die Maximierung der globalen Akkumulation des Weltkapitals bildet das Ziel allen politischen Handelns. Diese Asymmetrie im Verhältnis von Politik und Markt wird seit vielen Jahren unter dem Aspekt diskutiert, dass sie die Handlungsspielräume der Politik begrenzt und sie zum Wohlverhalten gegenüber dem Markt verpflichtet. Im Zeitalter der staatlich gestützten Akkumulation von fiktivem Kapital gewinnt sie aber noch eine Zweitbedeutung. Das Fehlen einer abstrakten Allgemeinheit, die das Gesamtinteresse des Weltkapitals repräsentiert und dieses im Bedarfsfall gegen die Konkurrenzinteressen der verschiedenen Standorte durchsetzen könnte, macht die Rettung der Kapitalakkumulation durch das System der Public-Private-Partnership zu einer hochprekären Angelegenheit. In dem Maß wie sich die inneren Widersprüche des neuen Krisenverschiebungssystems entfalten und heranreifen, wird es für die Politik zunehmend schwieriger, sich auf die für die Aufrechterhaltung der globalen Kapitalakkumulation eigentlich notwendigen Maßnahmen durchzuringen. Nach der Lehman Brothers-Pleite erwuchsen daraus noch keine

Störungen, weil die Sonderinteressen der zentralen kapitalistischen Staaten und die für die Aufrechterhaltung des globalen Akkumulationsprozesses notwendigen Maßnahmen synchron liefen.

Schon beim nächsten Crash ist es sehr fraglich, ob die Regierungen und Zentralbanken noch einmal wie 2008/2009 zu einer konzertierten Aktion zusammenfinden. Vor allem ein Damoklesschwert schwebt seit dem letzten Krisenschub über der Weltwirtschaft: die Abhängigkeit des inoffiziellen transnationalen Bad Bank-Systems vom »Altruismus« der Regierungen des wichtigen Gläubigerlandes. Wird China, das beim letzten Einbruch die Hauptlast der Rettung trug und auch weitertragen muss, noch einmal für die USA als »Lender of the last resort« einspringen? Angesichts der gigantischen internen Spekulationsblase liegt für die chinesische Führung eigentlich eine Prioritätenverschiebung nahe. Falls der nächste Crash abermals von den USA seinen Ausgang nimmt, ist es angesichts der unglaublichen Masse an entwertungsbedürftigen chinesischen Eigentumstiteln eher unwahrscheinlich, dass Chinas Regierung die heimischen Staatsfonds noch einmal dazu nötigt, die Gläubigerposition gegenüber den USA antizyklisch auszubauen. Sollte China selber zum Epizentrum des nächsten Weltmarktbebens werden, ist die Lage genauso gefährlich. Der Ausfall der Volksrepublik als Konjunkturlokomotive stellt dabei noch das geringere Problem dar. Sollte der chinesische Player, bei dem sich rund ein Drittel der akkumulierten US–amerikanischen Staatsschuld angesammelt hat[26], der naheliegenden Versuchung unterliegen, zusätzliches Geldkapital für den inneren Markt durch den Verkauf US–amerikanischer Eigentumstitel zu mobilisieren, droht der Einsturz der gesamten internationalen Finanzarchitektur.

Aber nicht nur die Sonderinteressen der Gläubigerländer könnten die Politik von der vollständigen Ausschöpfung ihres Krisenverschiebungspotentials abhalten. Gefahr droht auch noch von einer ganz anderen, ungewohnten Seite. Die Sicherstellung der Kapitalakkumulation ist zwar die Grundvoraussetzung des modernen bürgerlichen Staates, aber selbstverständlich hat sich die Politik noch anderen Anforderungen zu stellen. Zu ihren zentralen Aufgaben gehört

[26] Ein weiteres Drittel besitzt die FED; der Rest befindet sich in Streubesitz.

u.a. die ideologische Integration der Gesellschaft. Im politischen Richtungsstreit haben diejenigen Gruppierungen einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil, denen es am besten gelingt, an den Deutungsmustern der gesellschaftlichen Entwicklung anzuknüpfen, die das warengesellschaftlich zugerichtete Bewusstsein gerade besonders plausibel findet. Mit dem Übergang zu einem System, in dem die Staaten und Zentralbanken die Produktion von fiktivem Kapital massiv stützen und aktiv fördern müssen, gerät die Politik aber in einen unauflösbaren Zielkonflikt zwischen ökonomischem Sachzwang einerseits und den legitimationspolitischen Erfordernissen andererseits. Es besteht eine enorme Spannung zwischen den Krisenverarbeitungsideologien und den Aufgaben, die die Politik erledigen muss, um den globalen Akkumulationsprozess zu retten. Folgt man der gängigen Deutung des Krisengeschehens, dann stellt die Entfesselung der Finanzmärkte und das Ingangsetzen der Verschuldungsspiralen die für die weltwirtschaftliche Malaise verantwortliche Ursünde dar. Das Heil kann in dieser Sicht nur in der Wiederherstellung des Primats des Realkapitals liegen. Um sich und die herrschende Wirtschaftsweise zu legitimieren, muss die Politik dieser irrigen Vorstellung Rechnung tragen und sich zumindest offiziell das phantasmagorische Ziel setzen, die aufgeblähten Finanzmärkte auf ein vermeintlich gesundes Maß zurückzuführen und die Schuldenakkumulation zu begrenzen. Das heißt aber nichts anderes, als dass die ideelle und die reelle Pflicht der Krisenverwaltungspolitik miteinander ins Gehege kommen. Solange die Politik einen Kurs einschlägt, der offensichtlich dem, was sie predigt, diametral entgegengesetzt ist, arbeitet sie an ihrer Delegitimierung. Versucht sie den ideologischen Verlautbarungen Taten folgen zu lassen, ist sie drauf und dran, zu einer krisenverschärfenden Kraft zu mutieren.

10. Das Finanzkapital – der Retter als Sündenbock

Spätestens seit dem großen Krisenschub von 2008 hat sich der Alltagsverstand angesichts der ökonomischen Verwerfungen auf die Finanzsphäre als Verursacher der ganzen Malaise eingeschossen. Die Gier der Spekulanten und die Verschuldungswut sollen für die ökonomische Krise verantwortlich sein. Ein Grund für das automatische Einrasten dieses Deutungsmuster ist sicherlich im Ablauf der akuten Wirtschaftskrise zu suchen. Schon im klassischen Kapitalismus, der noch auf Wertverwertung gründete, nahmen die akuten Krisenschübe vom Finanzüberbau ihren Ausgang. Das gilt erst recht für die manifesten Kriseneinbrüche im inversen Kapitalismus, und der bisher dramatischste unter ihnen, der Einbruch von 2008, macht da selbstverständlich keine Ausnahme. Einem oberflächenfixierten Bewusstsein verwandelt sich die Sphäre, in der der Auslöser des Wirtschaftseinbruchs angesiedelt ist, im Handumdrehen in deren Ursache. Wichtiger ist aber ein anderer Gesichtspunkt. Wie schon Marx in seiner Auseinandersetzung mit der klassischen Ökonomie klarlegte, bauen die gängigen Vorstellungen einer auf Warenproduktion ausgelegten Wirtschaftsweise auf mystifizierenden Grundannahmen über das Wesen von Ware und Geld auf. Das herrschende Denken erkennt fälschlicherweise im Gebrauchswert die wesentliche Bestimmung der Ware und in der Gebrauchsgütererzeugung den eigentlichen Inhalt der Warenökonomie. Der Tauschwert, der wirkliche Inhalt des warengesellschaftlichen Reichtums, dessen Mehrung der einzige Zweck allen Wirtschaftens darstellt, wird demgegenüber »als etwas ganz Gleichgültiges oder der Natur der Ware selbst Äußerliches« (MEW 23, S. 95) behandelt und dementsprechend auch das Geld, die verselbständigte Erscheinungsform des Tauschwerts, als ein rein technisches Mittel missverstanden. Es hat angeblich keinen anderen Zweck als den, als »Schmiermittel der Wirtschaft« (David Hume) den Güterverkehr in einer hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft zu erleichtern. Vor dem Hintergrund dieses auf dem Kopf stehenden Bildes der Warengesellschaft ist ein Wirtschaftszweig, der keinerlei Gütermarktwaren hervorbringt und sich ausschließlich mit Geld beschäftigt, immer suspekt. Vor allem wenn ausgerechnet dieser Sektor weit schneller wächst als alle anderen, kann diese

Entwicklung eigentlich nur als Abweichung vom Pfad marktwirtschaftlicher Tugend erscheinen.

Die Aufblähung der Finanzindustrie hat dem Kapitalismus, der als Wertverwertungssystem schon Ende der 1970er-Jahre seine historische Schranke erreicht hatte, neue Entwicklungsspielräume eröffnet. Allerdings ist es mit der warengesellschaftlichen Basisideologie unvereinbar, dass aus dieser Art der Rettung des kapitalistischen Systems ein gesellschaftliches Programm würde, das sich offensiv vertreten ließe. Dementsprechend eigentümlich gestaltet sich das Verhältnis von Durchsetzungsideologie und tatsächlich ins Werk gesetzte Umwälzungsprozess schon bei der neoliberalen Revolution der frühen 1980er-Jahre. Wie weiter oben ausführlicher dargestellt, fügen sich die zentralen Punkte der Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierung und der Reagan-Administration von den massiven Steuersenkungen für die Reichen, über die Privatisierungs- und die Hochzinspolitik bis hin zum US-Doppeldefizit (Haushaltsdefizit und Leistungsbilanzdefizit) und zur Finanzmarktderegulierung zu einer Art Gesamtpaket zur Herstellung idealer Bedingungen für eine sprunghafte Erweiterung der Erzeugung von fiktivem Kapital zusammen. Die monetaristische Wirtschaftslehre, die zur Rechtfertigung dieser Umwälzung im System des kapitalistischen Reichtums diente, erzählt eine ganz andere Geschichte. Das dominierende wirtschaftswissenschaftliche Konzept seiner Zeit, den Keynesianismus, bekämpfte Milton Friedman mit der höchst aufschlussreichen Argumentation: Keynes sei nur deshalb auf die Idee verfallen, die Wirtschaft ließe sich mit geldpolitischen Mitteln stimulieren, weil er den »Geldschleier« nicht als solchen erkenne und stattdessen der Illusion aufsitze, dem Geld komme eine eigenständige Rolle zu. Mit einer keynesianischen Geldpolitik ließen sich aber nur Strohfeuer entzünden. Um nachhaltige Wachstumseffekte zu erzielen, müsse man einen ganz anderen Weg einschlagen und die realwirtschaftlichen Beziehungen an die Bedürfnisse des Realkapitals anpassen. Alle Versuche, außerhalb der Realwirtschaft den Hebel anzusetzen, seien vergebliche Liebesmüh.

Die Durchsetzungsideologie der neoliberalen Revolution, der Monetarismus, erklärt ausgerechnet das Zentrum der späteren realen marktradikalen Umstruk-

turierung zu einer Nebelwelt, von der abzusehen sei, um zu einem adäquaten Verständnis der relevanten ökonomischen Fragen zu gelangen. Verquerer könnte das Verhältnis von neoliberaler Ideologie und tatsächlicher neoliberaler Revolution kaum sein. Die monetaristischen Vordenker der neoliberalen Revolution hatten ausschließlich die Produktion von Gütermarktwaren im Auge, als sie den entfesselten Markt als die Ordnung abfeierten, die am allerbesten die Reichtumsproduktion fördert. Auf diesem Feld der Warenproduktion erwies sich dieser Anspruch aber als völlig haltlos. Bei der Erzeugung von Kapitalmarktwaren jedoch ist der entfesselte Markt dem alten keynesianischen Modell tatsächlich haushoch überlegen. Das neoliberale Reformprogramm hat den Eigentumstitelausstoß auf ein Niveau katapultiert, das unter den Bedingungen einer keynesianisch ausgerichteten Politik niemals zu erreichen gewesen wäre. Dieser Bereich gilt in der monetaristischen Theorie aber amüsanterweise als irrelevant.

11. Krisenverwaltung im Dilemma

Das herrschende Bewusstsein war in allen Phasen des inversen Kapitalismus blind für den Aufstieg der Finanzindustrie zur Basisindustrie des kapitalistischen Weltsystems. Diese Blindheit stellte für den Fortgang des Akkumulationsprozesses allerdings vor dem Krisenschub von 2008 aus einem einfach Grund keine Gefahr dar. In den ersten Jahrzehnten des Zeitalters des inversen Kapitalismus hatte die Privatwirtschaft für die Absorption des fiktiven Kapitals gesorgt. Ob Geschäftsbanken, Versicherungen und Kleinanleger Eigentumstitel kaufen oder lieber abstoßen, hängt indes allein von den mit den Finanzmarktinvestitionen verbundenen Gewinnaussichten und Ausfallrisiken ab. Wenn sich die Kaufentscheidungen ausschließlich am Prinzip der privaten Profitmaximierung orientieren und die allgemein-gesellschaftliche Frage nach den gesamtökonomischen Wirkungen ihres Tuns für diese Finanzmarktakteure ohne jeden Belang ist, dann ist für den Fortgang des Akkumulationsprozesses umgekehrt auch ohne Belang, welche Vorstellungen sich die Anleger und das Publikum von den gesamtökonomischen Implikationen ihres Treibens machen mögen. Was die Zentralbanken und die öffentliche Hand betrifft, so ist dagegen die gesamtökonomische Wirkung der einzige Grund für eine Intervention in der Finanzsphäre. Übernehmen sie entwertungsbedürftiges fiktives Kapital in ihre Obhut, dann lässt sich dieser Schritt prinzipiell nur mit dem »wirtschaftlichen Gesamtinteresse«, also dem Fortgang der Akkumulationsbewegung rechtfertigen.

Nach der Lehman Brothers-Pleite fand sich die politische Krisenverwaltung damit in einem legitimationspolitischen Dilemma wieder. Auf der einen Seite musste sie erklären, warum der öffentliche Sektor gut daran tut, für die Verluste der Geschäftsbanken gerade zu stehen und zu deren Gunsten in das freie Spiel der Marktkräfte einzugreifen. Die Krisenverwaltung musste also explizit aussprechen, wo heute das Herzstück der Weltmarktgesellschaft liegt. Das neue geflügelte Unwort der »Systemrelevanz« steht für dieses Eingeständnis. Im Gegensatz zu allen Zweigen der Realwirtschaft ist ausgerechnet der hypertrophe Finanzsektor für das wirtschaftliche Ganze zu wichtig, als dass die Politik nach dem Lehman Brothers-Desaster noch den Konkurs einer weiteren Großbank

hätte riskieren dürfen. Auf der anderen Seite hieß es, den ideologischen Konsens wahren und also die Fiktion vom prinzipiellen Primat der Realwirtschaft aufrechterhalten.

Um diesen Spagat hinzubekommen, bediente sich die Politik einer ebenso simplen wie wirkungsvollen Argumentation. Unter dem Motto »Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Schritte« wurde die Rettung des Systems fiktiver Kapitalschöpfung durch den öffentlichen Sektor als eine befristete Ad hoc-Nothilfe verhandelt. Sobald sich die Lage beruhigt hätte, so das mit den Rettungsaktionen verkoppelte Versprechen damals, begänne die Reregulierung der hypertrophen Finanzmärkte und die Rückkehr zu einer »gesunden Marktwirtschaft«. Die Politik unterwarf sich also zwar vollständig dem ökonomischen Imperativ, das von der Dynamik des fiktiven Kapitals diktiert wurde, und übernahm die toxisch gewordenen Elementen des fiktiven Kapitals in staatliche Obhut. Legitimiert wurde dieses Vorgehen aber mit der Versicherung, der Finanzsektor würde später an die Kandare genommen und auf seine angeblich eigentliche Funktion als »Diener der Realwirtschaft« zurückgeführt.

Diese Auflösung des Widerspruchs von ökonomischem Sachzwang und Ideologie durch zeitliche Aufspaltung – ersterer soll in der Gegenwart gelten, letzterer in der phantasmagorischen Zukunft – hat allerdings einen Pferdefuß: Sie lässt sich nicht beliebig lange prolongieren. Schon ein uneinlösbares Versprechen taugt schlecht als dauerhafte Legitimationsgrundlage politischen Handelns; ein Versprechen aber, das permanent gebrochen werden muss, um das zu tun, was unter Gesichtspunkten der Krisenverwaltung getan werden muss, um den Laden am Laufen zu halten, stellt aber geradezu eine legitimations-ideologische Zeitbombe dar.

Dass diese bis dato nur tickt und noch nicht zündet, liegt in erster Linie daran, dass die Krisenverschiebungspolitik gegriffen hat. Aufgrund des neuerlichen Höhenflugs privater fiktiver Kapitalschöpfung blieb die Masse des in den öffentlichen Sektor ausgelagerten, toxischen fiktiven Kapitals begrenzt. In einigen Gewinnerländern – man denke nur an Deutschland – war die Dynamik privatwirtschaftlicher Akkumulation fiktiven Kapitals so stark, dass der Staat

sein Engagement im heimischen Bankensektor vorerst sogar wieder drastisch reduzieren konnte.[27] Auch was den Widerspruch zwischen warengesellschaftlicher Basisideologie und ökonomischem Sachzwang angeht, steht die eigentliche Belastungsprobe für das System des Public-Private-Partnership erst dann ins Haus, wenn die Ersatzblasen platzen und der öffentliche Sektor der kapitalistischen Kernstaaten ein zweites Mal nach 2008/2009 zur großen Bankenrettung aufgefordert ist, und das mit viel höherem Einsatz als damals.

[27] Zu den Erfolgsgeschichten gehörte eine gewisse Zeit beispielsweise die Entwicklung bei der Commerzbank. 2009 hatte der Bund die Bank in der Form von stillen Einlagen mit 16,4 Milliarden € gestützt. Davon überwies das Kreditinstitut bereits 2011 das Gros, nämlich 14,3 Mrd € zurück. http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/rettung-in-der-finanzkrise-commerzbank-zahlt-die-steuerzahler-aus-1.1623081

Inzwischen hat sich die Situation der Commerzbank allerdings wieder dramatisch verschlechtert.

12. Die Zentralbanken und ihr legitimationspolitischer Kredit

Aufseiten der staatlichen Institutionen bilden die Zentralbanken den Dreh- und Angelpunkt im neuen System der Public-Private-Partnership bei der Vermehrung des fiktiven Kapitals. Was die nationalstaatlichen Stützungsmaßnahmen angeht, musste sowohl in Europa als auch in den USA die Krisenverwaltung nur in den beiden ersten Jahren des Krisenschubs mit der Bankenverstaatlichung auf ein Instrument zurückgreifen, das in den Zuständigkeitsbereich der Regierungen und Parlamente fällt. Auch dieser Umstand erklärt mit, warum sich der Widerspruch zwischen ökonomischem Sachzwang und Ideologie noch nicht schärfer zugespitzt hat. Der Alltagsverstand ist zwar darauf geeicht, der Exekutive und der Legislative auf die Finger zu schauen und deren Tun und Lassen an den eigenen Vorstellung zu messen. Das Zentralbanktreiben liegt aber außerhalb des üblichen Aufmerksamkeitsbereichs. Die Währungshüter werden als eine über den politischen und ideologischen Auseinandersetzungen schwebende Instanz wahrgenommen und ihre Geldpolitik als eine mit rein technischen Fragen beschäftigte Geheimwissenschaft. In der Bundesrepublik ist dieser Zug besonders ausgeprägt. Hierzulande gehörte es viele Jahrzehnte zur Tradition, dass sich Politik und Öffentlichkeit dem Ratschluss der Bundesbank fraglos fügten. Diese sakrosankte Stellung ist nicht nur insofern auf die EZB übergegangen, als sie dem deutschen Vorbild nachkonstruiert wurde und weisungsunabhängig agiert. Auch wenn dieser Nimbus bröckelt, seitdem in Frankfurt nicht mehr die heilige D-Mark, sondern der Euro gehütet wird, ist er keineswegs verflogen. Es ist eine recht neue Entwicklung, dass die Schelte an die EU und ihren Institutionen die Notenbank nicht mehr ausnimmt.

Dass die öffentliche Wahrnehmung ausgerechnet die entscheidende Instanz und ihr Tun weitgehend ausblendet und vor allem dem Handeln der Exekutive mit Skepsis begegnet, liegt natürlich nicht nur an den eingebürgerten Aufmerksamkeitsmustern; auch die Wirkungsweise des ökonomischen Krisenverschiebungs-Mechanismus erleichtert diese für die öffentliche Debat-

te charakteristische groteske Fehlgewichtung. Die eigentliche geschichtsträchtige Innovation der Krisenjahre 2008/2009 bestand in der Überführung der Beziehungen zwischen Zentralbank und Geschäftsbanken in ein höchst eigentümliches Schenkungsverhältnis. Die Negativzinspolitik und der Aufkauf von Staatspapieren aus dem eigenen Währungsraum durch die FED, EZB und Co. haben zwar einen hohen Preis: Um die Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung am Laufen zu halten, unterminieren die Zentralbanken die Grundlagen des Geldwesens; dieser Preis wird aber mit einer zeitlichen Verzögerung fällig. Auch wenn schon seit Jahren von verschiedensten Seiten vor dem mit der »Politik des billigen Geldes« verbundenen Inflationspotential gewarnt wird, solange der Finanzüberbau das frisch »geschöpfte« Geld absorbiert, treibt die exzessive Kreditgeldschöpfung nur die Preise für Kapitalmarktwaren wie Aktien in die Höhe, nicht die der Gütermarktwaren.[28] Das damit geschaffene Inflationspotential entlädt sich erst dann, wenn die private Schöpfung fiktiven Kapitals trotz Stützung ausfällt und die Zentralbanken direkt frisches Geld in die Realwirtschaft pressen müssen. Der warengesellschaftlich zugerichtete Verstand leidet nicht nur an ideologischer Verblendung, sondern noch an einer zweiten Bewusstseinsstörung, an »Empiritis«. Entwicklungen, die unter der Oberfläche vonstatten gehen und erst verzögert ihre Konsequenz entfalten, existieren für ihn in der Regel einfach nicht. Diese beiden Beeinträchtigungen wirken in der derzeitigen Situation aber gegeneinander. Die Inflationsängste bleiben diffus und spielen in der politischen Debatte keine ernsthafte Rolle, solange sie keine unmittelbare Bestätigung erfahren.

---

[28] Es gibt freilich eine wichtige Ausnahme von dieser Regel, nämlich den Immobiliensektor. Das liegt daran, dass sich in diesem Sektor Endkonsum und Kapitalanlage überschneiden.

13. Menetekel US-Haushaltsklippe

In der Phase zwischen dem Krisenschub von 2008/2009 und dem sich wohl bereits anbahnenden nächsten großen Einbruch waren also gleich mehrere Schutzmechanismen wirksam und verhinderten, dass die herrschende Ideologie vom Primat des Realkapitals der staatlichen Krisenverwaltung ernsthaft in die Quere kam. Umso bemerkenswerter ist, dass diese trotzdem nur in einer relativ kurzen Phase, nämlich unmittelbar nach der Lehman Brothers-Pleite, ohne größere Konflikte einen konsequent an den ökonomischen Sachzwängen orientierten Kurs fahren konnte. Um die Zentralbanken blieb es zwar fürs erste weitgehend ruhig, auf dem Nebenkriegsschauplatz der Staatsverschuldung forderte die Ideologie jedoch ihren Tribut und prägte die Entwicklung mit. Das gilt zunächst einmal für das Land, von dem der Krisenschub seinen Ausgang genommen hatte, den USA. Wie in allen anderen kapitalistischen Kernstaaten, so gehörte auch in den USA die sprunghafte Ausweitung der Staatsverschuldung zum Gesamtpaket des Public-Private-Partnership. Seit den Weltkriegen existiert für den US-Bundeshaushalt eine offizielle Verschuldungsobergrenze, die nur mit Zustimmung des Kongresses angehoben werden darf. Das geschah zwar in den letzten 50 Jahren, unabhängig von den jeweiligen Mehrheitsverhältnissen im Parlament, mehr als 70 mal und war mehr oder minder zur Formalie geworden; ausgerechnet in einer Phase, in der für die Dynamik fiktiver Kapitalschöpfung eine ausgeprägte staatliche Verschuldungsfreude besonders wichtig war, nutzten die Republikaner ihre Mehrheit im Kongress, um aus der routinemäßig fälligen Anpassung plötzlich einen parteipolitischen Streitfall zu machen. Das Land stand gleich zweimal, zuerst im Sommer 2011 und dann um den Jahreswechsel 2012/13, kurz vor dem Sturz über die »Fiskalklippe«. Wäre der eingetreten, hätte das nicht nur für die US-Wirtschaft unabsehbare Folgen gehabt, sondern auch für die gesamte Weltwirtschaft.

Der Tea Party-Bewegung ging es bekanntlich mit ihrem Erpressungsmanöver darum, ein großes Streichkonzert bei den Sozialleistungen durchzusetzen. Diese Zielsetzung liegt selbstverständlich in der Kontinuität neoliberaler Interessen-politik, die schon immer das Ziel einer Umverteilung von Unten nach Oben

verfolgte. Auf der ideologischen Ebene setzte die republikanische Opposition auf ihre Weise auf den nach dem Crash von 2008 so populären Impuls, endlich zu einem »gesunden«, realwirtschaftlich orientierten Kapitalismus zurückzukehren. Indem Reagans geistige Erben die Aufblähung des Finanzüberbaus auf die Aufblähung der Staatsverschuldung verengten, konnten ausgerechnet sie sich als Vertreter einer auf Solidität ausgerichteten Wirtschaftspolitik gerieren. Während die Republikaner die Obama-Administration zu einem Synonym für eine ausufernde staatliche Verschuldung erklärten, nahmen sie für sich selber in Anspruch, für eine Wirtschaftspolitik zu stehen, in der sich der Bundeshaushalts mit real erwirtschaftetem Reichtum begnügen sollte.

Dass diese ideologische Ausrichtung mit dem ökonomischen Sachzwang kollidiert, macht sich auch an der empirischen Oberfläche bemerkbar. Angesichts der Blockadepolitik der Republikaner gingen vor allem im Vorfeld der zum Jahreswechsel 2012/13 fälligen Anhebung der Verschuldungsobergrenze die Aktienkurse auf Talfahrt. Schwere ökonomische Verwerfungen blieben nur aus, weil bei den Republikanern im letzten Moment doch jene Kräfte die Oberhand gewannen, die zu einem Kompromiss mit der Obama-Administration bereit waren. Der US-amerikanische Haushaltskonflikt stellt umso mehr ein Menetekel dar, als die Entwicklung in den USA keineswegs für sich steht. Im Euro-Raum konnten die Geistesverwandten der Tea-Party-Bewegung auf dem gleichen Nebenkriegsschauplatz ihre Vorstellungen sogar weitgehend durchsetzen. Die deutsche Regierung nutzte den Umstand, dass ein Teil des innereuropäischen Bonitätstransfers über »Rettungsschirme« hergestellt wird[29], um ein Exempel zu statuieren. Sie oktroyierte den südeuropäischen Partnerländern eine knallharte Sparpolitik.

Wie die gescheiterte US-amerikanische Austerity-Politik so verweist auch die erfolgreiche europäische darauf, dass die herrschende Ideologie das Potential besitzt, sich vom Standpunkt der Krisenverwaltung zu einer eigenständigen Störquelle neben den kapitalistischen Sonderinteressen zu entwickeln. In den USA tritt die selbstständige Rolle des Ideologischen insofern deutlich zutage, als dort

[29] Für das Gros sorgt die EZB durch den Aufkauf von Staatspapieren.

der drohende Sturz von der »Fiskalklippe« in Widerspruch zu den Interessen jener sozialen Gruppen steht, die die Republikanische Partei eigentlich vertrat. Das Ziel, den Sozialstaat weiter zu beschneiden und die wenigen Errungenschaften der Obama-Ära wie die neu eingeführte Krankenversicherung (»Obamacare«) rückabzuwickeln, ist zwar Ausdruck von Kapitalinteressen. Das Mittel der Haushaltsblockade war aber für den Standort hochgradig kontraproduktiv, und unter den heutigen Bedingungen würde eine auf das Ziel der Haushaltskonsolidierung ausgerichtete Politik die USA schnurstracks in eine Rezession führen. Dementsprechend wohnten in der Brust so mancher Anhänger der Republikanischen Partei zwei Seelen: die Seele des ideologischen Überzeugungstäters und die Seele des um das eigene Einkommen und Geldvermögen besorgten kühlen Rechners.[30]

In den USA haben die Austerity-Ideologen versucht, die Wirtschaft des eigenen Landes als Geisel zu nehmen. Im Euro-Raum stellt sich die Situation anders dar. In der Phase zwischen dem Wirtschaftseinbruch von 2008/2009 und dem kommenden Krisenschub verteilen sich der ökonomische Schaden einer Sparpolitik und ihr legitimationspolitischer Nutzen auf unterschiedliche Länder. Die wirtschaftlichen Verheerungen treffen Südeuropa, insbesondere Griechenland. Der ideologische Mehrwert fällt dagegen vor allem in Deutschland an. Deutschland kann aufgrund seiner Sonderstellung im Euro-Raum den Partnerländern eine Sparpolitik oktroyieren, kann aber aufgrund seiner privilegierten Position im derzeitigen weltkapitalistischen Akkumulationssystem einen ausgeglichenen öffentlichen Haushalt vorweisen, ohne selbst seine Ausgaben weiter zu kürzen. Diese geographische Aufspaltung von wirtschaftlichen Kosten und ideologischem Gewinn erschwert im Vergleich zu den USA die Abgrenzung zwischen Ideologie und einer an Interessen orientierten Politik. Um das Verhältnis von Ideologie und Interessenstandpunkt zu klären, muss man die verschiedenen Teile des Euro-Raums für sich betrachten.

[30] Das erklärt das schließliche Einlenken. Die Parteioberen schreckten davor zurück, als die für den Absturz der US-Wirtschaft verantwortliche politische Kraft in den nächsten Wahlkampf ziehen zu müssen.

14. Berlin und die Griechenlandkrise

Dass die Austerity-Politik nicht den Standortinteressen Südeuropas und Frankreichs entspringen kann, ist mehr oder minder offensichtlich. Dieser Teil des Euro-Raums befindet sich im Prinzip in der gleichen Situation wie die meisten Weltregionen. Ähnlich wie die USA oder Japan mussten diese Staaten die gesamten 2010er-Jahren hindurch ihr Haushaltsdefizit noch einmal kräftig steigern, um den Absturz ihrer Wirtschaft zu verhindern. Erst als die durch die Negativzinspolitik der EZB befeuerte Produktion von privatem fiktiven Kapital in diesen Euro-Ländern wieder halbwegs auf Touren kam, konnten im Gegenzug die Zuwachsraten bei der Staatsverschuldung abflachen. Der durch die deutsche Regierung und ihre europäischen Unterstützer erzwungenen vorzeitigen Abbremsung der Neuverschuldung wegen fand dieser Teil des Euro-Raums aber erst verspätet aus der Rezession heraus. Fernerhin bezahlten diese Länder die Zurückhaltung der deutschen Regierung bei der Bonitätsweitergabe und durch ihre Weigerung, der Einführung von Eurobonds zuzustimmen, mit höheren Zinslasten. Das gilt selbstverständlich im besonderen Maße für Griechenland. Auf den Gütermärkten war die Position der griechischen Wirtschaft schon in den Nullerjahren schwach gewesen. Seit dem Krisenschub schlug auch noch das Anlage suchende Geldkapital einen Bogen um Athen und machte Griechenland zum Doppelverlierer. Immer wenn unklar war, inwieweit es von den Partnerländern gestützt würde, konnte das Land seine Staatsschulden nur zu exorbitanten Zinssätzen refinanzieren.[31]

Es gehört zum gängigen linken Vorverständnis, wirtschaftspolitische Konflikte zwischen den kapitalistischen Ländern als knallharte Interessenkonflikte zu verstehen und das ideologische Moment als bloße Einkleidung dieser Interessen. Vor diesem Hintergrund erscheint es vor allem für die Linke der betroffenen

---

[31] Im Frühjahr 2012 erreichte die Rendite für zehnjährige griechische Staatsanleihen Rekordwerte von über 35%. `http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-10/griechenland-bonds-2/bitblt-820x714-de2fd94bed63bb6d76fa7d88facc670d74f0dfcf/RenditeStaatsanleihen-Griechenland.jpg`

Länder als mehr oder minder ausgemacht, dass der Triumph deutscher Wirtschaftsinteressen für den Schaden verantwortlich sein muss, den Südeuropa und vor allem Griechenland erlitten haben. So soll die Privatisierung der griechischen Infrastruktur, um nur ein Beispiel zu nennen, ein Instrument »imperialer Landnahme« sein, ein Schritt, um den gesellschaftlichen Reichtum des Landes dem Zugriff des »deutschen Kapitals« auszuliefern. Dieses Verständnis führt aber nicht nur insofern in die Irre, als die ökonomischen Interessen in der Regel in vorsintflutlichen Formen gedacht werden.[32] Vor allem unterschiebt sie der Austeritätspolitik eine Funktionalität, die dieser in keiner Weise zukommt. Von einem Sieg deutscher Interessen kann nur die Rede sein, wenn man die für die weitere Entwicklung irrelevante leichte Absenkung der deutschen Schuldenhaftung höher veranschlagt als die Tatsache, dass die deutsche Regierung mit ihrem Spardiktat einen Prozess in Gang gesetzt hat, der den für den Erfolg des Standorts Deutschland unverzichtbaren europäischen Rahmen schwer beschädigt. Über den Tag hinaus gedacht, hat der Spardiktator Schäuble dem hiesigen Kapital einen Bärendienst erwiesen. Aktuell mag der Niedergang der Absatzmärkte im Süden Europas verschmerzbar sein. Das ändert sich aber, wenn bei der nächsten größeren weltwirtschaftlichen Erschütterung die Exporte in die BRIC-Staaten und die USA einbrechen. Es steht nicht nur fest, dass dann die deutsche Regierung selber wieder auf massives Deficit spending umstellen wird. Zudem wird sie erkennen müssen, dass ihr Land nicht nur geographisch, sondern genauso wirtschaftlich immer noch mitten in Europa liegt und daher auf einen halbwegs intakten Euro-Raum angewiesen sein wird. Was hat also die Bundesrepublik mit ihrem Spardiktat letztlich gewonnen? Sie muss für einige Milliarden Euro weniger Bürgschaften einstehen als bei einer großzügigeren Politik. Gemessen am Entwertungsbedarf, dessen Notverwaltung dann ansteht, handelt es sich dabei freilich um »Peanuts«.

[32] Zwischen den Standortinteressen in einer globalisierten, von der finanzindustriellen Dynamik geprägten Weltwirtschaft und den Interessen geschlossener imperialer Nationalökonomien, wie sie das ausgehende 19. und frühe 20. Jahrhundert prägten, bestehen fundamentale Unterschiede.

15. Das kurze zweite deutsche Wirtschaftswunder

Der Traum von der Rückkehr zu einem gediegenen, auf ehrlicher Arbeit beruhenden Kapitalismus ist in den Basisillusionen verankert, die sich das herrschende Denken vom Wesen der kapitalistischen Produktionsweise macht. Dementsprechend besteht prinzipiell in allen Weltregionen die Gefahr, dass diese irrationale Vorstellung Einfluss auf die Politik gewinnt. Oppositionelle Parteien und Strömungen, die das Ideologische gegen die Krisenverwaltung mobilisieren, haben sich denn auch in vielen Ländern formiert, und die eine oder andere hat inzwischen wie die euroskeptischen »Wahren Finnen« auch schon Regierungsverantwortung mit übernommen. Direkten Eingang in die Regierungspolitik hat diese Zwangsvorstellung bis dato allerdings nur in einer wichtigen Hauptstadt gefunden, in Berlin.

Dass ausgerechnet Deutschland in dieser Hinsicht eine Art Avantgarderolle übernommen hat, kommt nicht von ungefähr. Zum einen ist das Land, seiner besonderen Stellung im kapitalistischen Weltsystem und innerhalb des Euro-Raums wegen, an einem ideologisch besonders neuralgischen Punkt in der Pflicht. Die Bundesregierung muss bei der Etablierung eines transnationalen Bad Bank-System als Bürge mitspielen und in eine Haftungsgemeinschaft für die in den europäischen Partnerländern akkumulierten Schulden treten. Das ist aber ein Punkt, an dem der warengesellschaftliche Alltagsverstand auf die Verletzung seiner heiligsten Prinzipien noch empfindlicher reagiert als bei der innerstaatlichen Haftungsübernahme. Zum anderen hat der Traum von der Rückkehr zu einem gediegenen, auf ehrlicher Arbeit beruhenden Kapitalismus in der Sonderentwicklung Deutschlands so etwas wie einen empirischen Anknüpfungspunkt, oder, wenn man so will, eine »materielle Grundlage«. Deutschland hat in den letzten Jahren nicht nur ein solides Wachstum vorzuweisen, sondern auch eine rückläufige Staatsverschuldung. Dem ideologischen Denken ist das schon Beweis genug: Wie Deutschland demonstriere, gebe es eine Alternative zum »ökonomischen Schlendrian« und zum unsoliden Wirtschaften der EU-Partnerländer.

Wenn man sich den tatsächlichen Kontext vergegenwärtigt, in dem Schäubles »schwarze Haushaltsnull« steht, dann entpuppt sich diese Vorstellung freilich als reines Phantasma. Die zur vermeintlichen Alternative mystifizierte deutsche Entwicklung ist nichts weiter als die lokale Kehrseite der weltweiten staatlichen Hyperverschuldung und Blasenbildung. Wenn das kapitalistische Weltsystem nicht durch den Übergang zu einem System staatlich gestützter Akkumulation von fiktivem Kapital gerettet und die Vorabkapitalisierung künftigen kapitalistischen Reichtums auf eine neue Stufenleiter gehoben worden wäre, läge auch die deutsche Ökonomie am Boden. Und die im Vergleich zu allen anderen wichtigen kapitalistischen Ländern so glänzende Bilanz verdankt Deutschland, wie weiter oben bereits skizziert, nur dem Umstand, dass die mit diesem Übergang einhergehende Umstrukturierung des globalen Akkumulationsprozesses wunderbar zum spezifischen Profil des hiesigen Standorts passten. Schon als 2009 rund um den Globus die ersten großen staatlichen Konjunkturprogramme aufgelegt wurden und den Konsum ankurbelten, zog Deutschland, seiner traditionell industrielastigen Wirtschaftsstruktur wegen, den Hauptnutzen daraus. Das galt erst recht, als die innerprivatwirtschaftliche Erzeugung von fiktivem Kapital wieder ansprang und Länder wie China oder Brasilien mit dem finanzindustriell generierten Kapital riesige Investitionen tätigten. Ein beträchtlicher Teil der Aufträge für die benötigten Investitionsgüter gingen an die deutsche Wirtschaft und ihre verlängerten Werkbänke in Mittelosteuropa. Und auch was die Neuzusammensetzung der Nachfrage nach Kapitalmarktwaren angeht, zählte Deutschland zu den Hauptgewinnern. Gerade weil der hiesige Kapitalmarkt nicht im Zentrum der früheren Blasenbildungen gestanden hatte, entwickelte das Anlage suchende Geldkapital eine wahre Germanophilie. Nicht nur, dass sich deutsche Unternehmen zu günstigen Konditionen mit frischem Kapital versorgen können, auch deutsche Staatspapiere erfreuen sich derartiger Beliebtheit, dass sie angesichts der durch die Zentralbanken verursachten globalen Geldkapitalschwemme selbst zu negativen Realzinsen veräußert werden können. Diese Sonderstellung Deutschlands als Doppelgewinner des neuen Akkumulationssystems blieb selbstverständlich nicht ohne Wirkung auf die Haushaltssituation

der öffentlichen Hand. In einer Phase, in der sich alle wichtigen kapitalistischen Staaten verschulden mussten wie nie zuvor, machte die durch diese Verschuldung angeschobene Akkumulationsdynamik Deutschland zur Ausnahme von dieser Regel. Die brummende deutsche Konjunktur verbesserte die Einnahmesituation des Bundes sprunghaft, während gleichzeitig durch den Zinsverfall der lange Zeit zweitgrößte Haushaltsposten, die staatlichen Zinsausgaben, drastisch schrumpfte.[33] Mit einer Wirtschaft im Rücken, die der Hauptgewinner der jüngsten Entwicklung globaler fiktiver Kapitalschöpfung ist, war es für das Bundesfinanzministerium kein Kunststück, 2014 erstmals seit 46 Jahren einen Haushaltsüberschuss zu erzielen.[34]

Bei der Solidität Deutschlands handelt es sich nur um eine Pseudosolidität, weil sie die Blasenbildung in den BRIC-Staaten und den USA sowie die exzessive »Geldschöpfung« aller Notenbanken zur Voraussetzung hat. Das ideologische Bedürfnis, weiter die Möglichkeit eines Kapitalismus der ehrlichen Arbeit zu halluzinieren, ist hierzulande freilich dermaßen ausgeprägt, dass das eigentliche Geheimnis der eigenen Erfolgsgeschichte weitgehend verdrängt wird. Stattdessen beherrscht eine ganz andere Erklärung des zweiten deutschen Wirtschaftswunders die hiesige Debatte. Das lokale Ergebnis einer ganz bestimmten weltkapitalistischen Gesamtkonstellation in der Entwicklung des inversen Kapitalismus wird endogen erklärt und zur Frucht einer ominösen deutschen »Stabilitätskultur« mystifiziert: Deutschland habe in den frühen Nullerjahren seinen »Reformstau« endlich überwunden, deshalb stehe es angeblich besser dar als die anderen. Vor allem die Hartz IV-Reformen gewinnen in der Retrospektive eine geradezu

[33] 2008 lagen die Zinsausgaben des Bundes bei 40,2. Mrd €, 2015 waren sie auf 21,1 Mrd gefallen, hatten sich also fast halbiert. Siehe: `http://de.statista.com/statistik/daten/studie/157800/umfrage/entwicklung-der-zinsausgaben-des-bundes-seit-1969/`

[34] Übrigens gab es noch ein wichtiges kapitalistisches Land, das in den letzten Jahrzehnten kurzzeitig das Wunder eines Haushaltsüberschusses zu verzeichnen hatte: Auch die USA schrieben am Ende der Clinton-Ära, dank des New Economy Booms, genau genommen unmittelbar vor dessen Ende, eine schwarze Haushaltsnull.

magische Bedeutung. Ihnen soll Deutschland in erster Linie sein Wachstum und seine gute derzeitige Finanzlage verdanken.[35]

[35] Wie tief diese Weltsicht im kollektiven Bewusstsein verankert ist, lässt sich u.a. daran ablesen, dass sie auch in einer linken Version kursiert. Die deutsche Exportkonjunktur soll nach dieser, vor allem in Gewerkschaftskreisen propulären, Vorstellung angeblich das Ergebnis von Lohn- und Sozialdumping auf Kosten der Nachbarn sein. Niedriglohn und Sozialabbau, so eine häufig kolportierte These, haben das deutsche Kapital in den Stand versetzt, die Konkurrenz vom Markt zu fegen. Natürlich waren in den Nullerjahren herbe Einschnitte ins soziale Netz und brutale Lohndrückerei zu verzeichnen. Für den Erfolg des Standorts war das aber nur von marginaler Bedeutung. Das eigentliche Pfund, mit dem der Standort Deutschland gegenwärtig wuchert, ist seine priviligierte Position in der neuen, im Gefolge der Krise von 2008 etablierten, internationalen Arbeitsteilung, und für diese war der Rückbau des hiesigen Sozialstaats und das zeitweilige Schrumpfen der Reallöhne ungefähr genauso so wichtig wie die Entwicklung des Knoblauchkonsums.

16. Von der Grexit-Drohung zum Brexit

Diese mythische Vorstellung vom Ursprung der deutschen Sonderentwicklung ist nicht nur für die ideologische Landschaft von Bedeutung, sondern gewinnt dank der Schlüsselstellung Deutschlands im Euro-Raum »materielle Gewalt«. In ihrem missionarischen Eifer zimmerten die Vertreter der deutschen »Stabilitätskultur« an den politischen Schalthebeln nämlich aus ihrer obskuren Deutung der deutschen Erfolgsgeschichte eine Handlungsanweisung für das übrige Europa, und fatalerweise hielten sie die Machtmittel zur Zwangsbekehrung zur Austerity-Politik in den Händen.

Die hiesige politische Klasse ist selbstverständlich nicht dafür verantwortlich, dass die Wettbewerbspositionen innerhalb des Euro-Raums im gegenwärtigen Stadium des inversen Kapitalismus sich gegenläufig entwickeln. Es übersteigt die Regulationsmöglichkeiten der Politik bei Weitem, die polarisierende Dynamik der Marktkräfte auszuschalten und für eine synchrone ökonomische Entwicklung innerhalb des Euro-Raums zu sorgen. Doch das bedeutet keinesfalls, dass die politischen Maßnahmen samt und sonders von der Logik des Krisenprozesses diktiert würden. Die von Schäuble und Merkel stets bemühte legitimations-ideologische Phrase, dass es keine Alternative zu ihrer Politik gebe, verweist zwar auf verquere, fetischistische Weise auf den systemischen Imperativ, dass Politik stets dafür sorgen muss, die Kapitalakkumulation in Gang zu halten; doch damit ist keinesfalls vorgegeben, durch welche konkreten Maßnahmen das bewerkstelligt werden soll. Das brutale Spardiktat, mit dem die wirtschaftliche Situation in Ländern wie vor allem Griechenland, Spanien und Portugal massiv verschlechtert und große Teile der Bevölkerung in die Armut gestürzt wurden, folgt keinesfalls notwendig aus den Zwängen der Krisenverwaltung. Genauso denk- und machbar wäre, wie oben schon dargelegt, ein breit angelegtes europäisches Konjunktur- und Infrastrukturprogramm gewesen, das die wirtschaftliche Dynamik in Europa wieder in Schwung gebracht hätte. Freilich wäre damit die fundamentale Krise der Wertverwertung keinesfalls überwunden worden. Dieses hypothetische wirtschaftspolitische Programm hätte, anders als Linkskeynesianer wie Wolfgang Streeck (Streeck 2013) meinen,

keinen neuen Schub selbsttragender Kapitalverwertung auslösen können, weil die objektiven Grundlagen dafür nicht mehr existieren. Vielmehr wäre es selbst vollkommen abhängig gewesen von der Akkumulationsdynamik des fiktiven Kapitals; seine Grenzen hätte spätestens der nächste Finanzmarkt-Crash markiert, der unvermeidbar ist. Doch in der Zwischenzeit hätte die Politik durchaus ihre Spielräume nutzen können, statt fanatisch die Demontage des gesamten öffentlichen Sektors und vor allem der Sozial- und Gesundheitssysteme in Europas Süden durchzupeitschen. Warum also hat sich diese zweite Politikvariante durchgesetzt?

Die neue deutsche Sparideologie speist sich aus zwei verschiedenen Quellen. Zum einen stellt sie die Fortsetzung der alten neoliberalen Idee des schlanken Staates dar. Gleichzeitig ist sie aber auch ein Ausfluss der gegen die Verirrungen des neoliberalen Zeitalters gerichteten Krisenverarbeitungsideologie, derzufolge »Spekulation« und »Verschuldungsexzesse« das Desaster von 2008 verursacht haben sollen. Wie schon das Feindbild des »faulen Griechen« verrät, gehört zu den treibenden Motiven der Sparideologie der Traum von der Rückkehr zu einem auf »ehrlicher Arbeit« beruhenden soliden Kapitalismus. Die Bundesregierung hat diese im Wahlvolk weit verbreitete Stimmung ansonsten aus Rücksicht auf die systemischen Zwänge immer nur rhetorisch bedient. Sie hat auf die diversen Ankündigungen, den »Finanzmarktspielern« und »Zockerbanken« künftig das Handwerk legen zu wollen, nie irgendwelche Taten folgen lassen. Die offensichtliche Diskrepanz zwischen ideologischem Bekenntnis und Praxis hat für erheblichen Unmut gesorgt. Die gequälten Seelen, die vom Trugbild eines »soliden« Kapitalismus nicht lassen können, brauchten irgendwann Balsam. In der Euro-Krise nutzte die deutsche Politik die Gunst der Stunde und lieferte diesen, indem sie Südeuropa einen Crashkurs in »deutscher Sparkultur« angedeihen ließ. Utopien fordern nun einmal Opfer – auch die Utopie von einer Welt, in der jeder Euro ehrlich erarbeitet sein will und nur einmal ausgegeben werden darf.[36]

[36] Wieviel legitimationspolitischer Mehrwert sich mit einer harten Sparhand gegenüber Athen erzielen lässt, zeigt der Aufstieg Wolfgang Schäubles zum beliebtesten Politiker

Schäuble und Merkel setzten gegen vitale Interessen Spaniens, Italiens, Portugals und vor allem Griechenlands durch, dass die Ausgestaltung der gemeinsamen Krisenverwaltung sich wesentlich an den Erfordernissen der deutschen Ideologieproduktion zu orientieren hat. Insbesondere mit ihrem Vorgehen in der »Griechenlandkrise« von 2015 schuf die Berliner Regierung einen Präzedenzfall, der möglicherweise einmal als Anfang vom Ende der europäischen Integration in die Geschichte eingeht. Das schlechte Beispiel machte nämlich schnell Schule.

Das betrifft zunächst einmal Südeuropa. Spätestens seit dem Konflikt zwischen Tsipras und Schäuble schießen dort kulturalistische Kriseninterpretationen ins Kraut. Die deutsche Politik wird nicht im Kontext der heutigen wirtschaftlichen und ideologischen Konstellation begriffen und kritisiert, sondern als Fortsetzung eines ewigen deutschen Imperialismus und seiner Landnahme missdeutet. Vor diesem Hintergrund finden aberwitzige Zielvorstellungen wie die eines neuen »lateinischen Europas«, das sich unabhängig von Deutschland formieren soll, zahlreiche Anhänger (Agamben 2013). Was aus solchen kulturalistisch-regressiven Konzepten in den besonders gebeutelten kontinentaleuropäischen Ländern wird und inwiefern sie die tatsächliche Politik beeinflussen können, bleibt abzuwarten. In Großbritannien ist man bereits einen entscheidenden Schritt weiter. Mit dem Brexit hat sich die Gefahr, dass ideologische Krisendeutungen in einer Weise Eingang in die Politik finden, die auch die kapitalistische Krisenverwaltung sabotiert, bereits realisiert.

Die britische Wirtschaftspolitik setzte seit der Thatcher-Ära ganz konsequent auf den Finanzsektor als Wachstumsmotor. Die Regierungen taten alles, um die Position der City of London als Europas Finanzplatz Nummer Eins auszubauen, und machten Großbritannien zu einem Vorreiterland der neoliberalen Umgestaltung. Diese Ausrichtung hatte von Anfang an einen hohen Preis. Das Land, das im 19. Jahrhundert den Titel »Werkstatt der Welt« getragen hatte und auch noch in den 1970er-Jahren mit einem breiten zweiten Sektor auf-

Deutschlands während der »Griechenlandkrise«, ein Schicksal, das vor ihm noch keinem amtierenden Finanzminister widerfuhr.

warten konnte, machte einen regelrechten De-Industrialisierungsprozess durch. Ganze Landesteile wurden mehr oder minder abgekoppelt. Kaum ein anderes EU-Land zeichnet sich durch eine ähnlich extreme soziale Polarisierung aus. Der wirtschaftspolitische Kurs trug freilich insofern Früchte, als der britische Finanzsektor bis tief in die Nullerjahre hinein ganz erheblich von der globalen Akkumulation fiktiven Kapitals profitierte. 2009 lag der Anteil des Finanzsektors am britischen BIP bei 10,7 % und damit mehr als doppelt so hoch wie in Deutschland.[37] Angesichts dieser Struktur musste der Crash im Gefolge der Lehman Brothers-Pleite die britische Wirtschaft allerdings besonders empfindlich treffen.

Anders als in Kontinentaleuropa hat eine distanzierte Haltung gegenüber der EU auf der Insel Tradition. Auf dem Kontinent dient dem Volksmund »Brüssel« zwar inzwischen auch verstärkt als Chiffre für sämtliche Übel des zeitgenössischen Kapitalismus – das ist dort aber eine relativ neue Entwicklung und bei weitem noch nicht so tief eingeschliffen wie auf der anderen Seite des Kanals.[38] In Großbritannien formierte sich bereits 1993 mit der UKIP eine Newcomer-Partei, deren zentrale Forderung der Austritt aus der EU war und die vor allem den Konservativen Wähler abspenstig machte. Als die britische Wirtschaft im Gefolge des Krisenschubs ihre Finanzmarktorientierung teuer bezahlen musste,[39] war es angesichts dieser Vorgeschichte vor allem für große Teile der Tories

---

[37] `http://de.statista.com/statistik/daten/studie/309588/umfrage/anteil-des-finanzsektors-am-bip-grossbritanniens`

[38] Die breite Kritik am Neoliberalismus und dem »finanzmarktdominierten Kapitalismus« ist in fast allen westllichen Ländern nostalgisch eingefärbt. Zumindest implizit ist das Gegenbild zum entfesselten Finanzmarktkapitalismus immer der Fordismus der 1950er und 1960er-Jahre. Während Frankreich und Deutschland in dieser »guten alten Zeit« bereits der EU bzw. ihrem Vorläufer der EWG angehörten, stand Großbritannien damals noch abseits. Die zeitliche Koinzidenz zwischen dem EU-Beitritt Großbritanniens 1973 und dem Ende der goldenen fordistischen Ära verleiht der Vorstellung von »Brüssel« als Wurzel aller Übel in Großbritannien eine zusätzliche Scheinplausiblität.

[39] `http://blog.zeit.de/herdentrieb/2011/03/31/britisches-wirtschaftsmodell-ist-gescheitert_2914`

höchst verführerisch, dieses Ressentiment für ihre Zwecke zu aktivieren. Indem der »EU-skeptische« Flügel der Konservativen das Feindbild Brüssel erfolgreich propagierte, konnte er die fatale Wirtschaftspolitik der eigenen Partei aus der Schusslinie rücken, was im Kampf für den eigenen Machterhalt dringend geboten war.

Als Premier David Cameron im Februar 2016 das Referendum über die EU-Mitgliedschaft ansetzte, ging es ihm bekanntlich keineswegs darum, sein Land tatsächlich aus der europäischen Gemeinschaft herauszusprengen. Dieser Schritt war primär innenpolitisch motiviert. Es ging zum einen um die Einbindung der EU-Gegner in seiner Partei; zum anderen sollte das Wahlvolk die Sonderbedingungen, die er mit der EU im Januar ausgehandelt hatte, absegnen und damit die Position der Konservativen gegenüber ihrer Konkurrenz stärken. Wenn etablierte Parteien versuchen, auf der Welle reaktionärer Krisenverarbeitungsideologien zu surfen, besteht freilich die Gefahr, dass die Welle sie weit über das anvisierte Ziel hinausträgt. Der Brexit fällt in diese Rubrik. Cameron hatte in rein instrumenteller Absicht mit dem Ersatzfeindbild EU gespielt, und am Ende stand das Votum vom 23.6.2016, das die weitere Krisenverwaltung erheblich erschwert.

Schon für das in Großbritannien angesiedelte fungierende Kapital läuft der Austritt auf eine deutliche Standortverschlechterung hinaus. Derzeit gehen immerhin etwa 54 Prozent der britischen Exporte in die EU. Nach einem Austritt dürfte sich der Zugang zum europäischen Markt schwieriger gestalten und damit das Volumen der Ausfuhren in diesen Raum zurückgehen. Wesentlich dramatischer stellt sich freilich die Lage für das Flaggschiff der britischen Wirtschaft dar. Nachdem der Finanzsektor in den letzten Jahren mühsam wieder auf Wachstumskurs gebracht worden war, spekuliert angesichts des Brexits nicht nur das *Manager Magazin* darüber, welcher Finanzplatz in Europa das Erbe der bisherigen Nummer eins antreten wird.[40] Damit die City of London ihren Status halten kann, müsste die EU dem künftigen Nicht-Mitglied Großbritannien nämlich extrem entgegenkommen und dem Land in den Austrittsverhandlung

[40] http://www.manager-magazin.de/unternehmen/banken/brexit-wird-frankfurt-europas-neue-geldmetropole-a-1100721.html

mehr oder minder die gleichen Rechte zugestehen, die es bis dato hatte. Dazu dürften die führenden europäischen Regierungen aber schwerlich bereit sein. Vor allem Europas Vormacht befindet sich nach dem Brexit nämlich in einem handfesten Dilemma: Auf der einen Seite ist der Finanzplatz London für das globale Kapital und die europäische Wirtschaft viel zu wichtig, als dass die EU dessen Absturz riskieren dürfte. Verliert London alle mit der EU-Mitgliedschaft verbundenen Privilegien, dann mutiert der Brexit von einem Akt der Selbstbeschädigung des britischen Standorts zum kollektiven Selbstmord der Wirtschaftsmacht Europa. Auf der anderen Seite darf die EU Großbritannien aber auch nicht zu weit entgegenkommen. Die potentiellen Nachahmer scharren schon mit den Hufen und dürfen keinesfalls ermutigt werden, sonst zerlegt sich der europäische Zusammenhang selbst. (Vgl. Lohoff 2016) Er besteht dann nur noch aus Staaten, die die Vorteile des EU-Rahmens für sich reklamieren, aber jede Beteiligung an seinen Gestehungskosten weit von sich weisen.

Die Merkel-Regierung kann nur versuchen, eine mittlere Linie zwischen beiden Übeln zu fahren, und schon einer der ersten Kommentare der Kanzlerin zum Brexit wiesen denn auch genau in diese Richtung. Die künftigen Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien stellte sie sich »eng und freundschaftlich« vor, betonte aber gleich im nächsten Satz, dass es einen »deutlichen Unterschied geben müsse zwischen einem Staat, der Mitglied der EU ist, und einem, der dies nicht mehr ist.«[41] Die britische Politik kann sich dagegen nach dem Brexit nur darauf richten, genau diesen Unterschied einzuebnen. Das ist am ehesten dadurch zu erreichen, dass sie den Austrittsprozess in die Länge zieht und die möglichen negativen Rückwirkungen der Abkoppelung Großbritanniens auf die Wirtschaft der europäischen Partnerländer als Geheimwaffe gegen die EU einsetzt. Dass sich Angela Merkel angesichts dieser Perspektive »not amused« zeigt, ist logisch, allerdings hätte sie guten Grund, sich an die eigene Nase zu fassen. Vermutlich wäre das Referendum ohne die selbstzufriedene Herr-im-

[41] `http://www.sueddeutsche.de/politik/regierungserklaerung-im-bundestag-merkel-will-keine-rosinenpickerei-bei-brexit-gespraechen-zulassen-1.3054908`

Haus-Politik der deutschen Regierung gegenüber den südeuropäischen Partnern anders ausgegangen. Schäubles Vorgehen gegen Griechenland ist in Großbritannien nicht unbemerkt geblieben und hat Farage und Co. den Trumpf in die Hand gegeben, mit dem sie die noch fehlenden Prozentpunkt holen konnten. Erst die antideutsche Karte verschaffte dem Brexit-Lager seine knappe Mehrheit. Und auch Merkels an die britische Regierung gerichtete Ankündigung, die EU werde keine »Rosinenpickerei« zulassen, fällt auf sie selbst zurück: Was betrieb ihre Regierung anderes als »Rosinenpickerei«, als sie die Früchte der nur im europäischen Rahmen möglichen deutschen Sonderkonjunktur in vollen Zügen genoss und gleichzeitig Südeuropa möglichst knapp hielt und noch immer hält?

Der Brexit ist weder vom Himmel gefallen, noch ist die Spannung zwischen der herrschenden ideologischen Krisenverarbeitung und den Imperativen der Krisenverwaltung neu. Trotzdem markiert der britische EU-Ausstieg eine qualitative Veränderung im Krisenverlauf, und das keineswegs nur was Europa angeht. Bis dato stellten die irren Krisendeutungen nur Störfeuer dar; letztendlich richteten sich die wirtschaftspolitischen Entscheidungen nach den Notwendigkeiten der Krisenverwaltung. Das Brexit-Referendum hat demgegenüber Fakten geschaffen, die für das transnationale System fiktiver Kapitalschöpfung hochgradig kontraproduktiv sind und mit denen die nationale und internationale Krisenverwaltung notgedrungen umgehen muss. In den USA hatten die Republikaner im Streit um die Verschuldungsobergrenze zweimal nur gedroht, das eigene Land über die Fiskalklippe zu jagen;[42] beim britischen Referendum ist es nicht bei der Drohung geblieben.

Das Risiko, dass der Brexit als solcher noch einen großen globalen Krisenschub auslösen könnte, ist relativ gering zu veranschlagen. Gemessen an den Gefahren, die von anderen potentiellen Brandherden ausgehen, handelt es sich beim EU-Austritt Großbritanniens um ein nachgeordnetes Problem. Seine eigentliche Bedeutung liegt darin, dass der Brexit von einer einschneiden-

[42] Auf die Konsequenzen der Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten, die während der redaktionellen Bearbeitung dieses Textes geschah, kann hier nicht mehr eingegangen werden.

den Veränderung der Rolle der Politik im Krisenprozess kündet und insofern ein Menetekel für die weitere Entwicklung darstellt. Bis dato bedrohten allein die innerökonomischen Widersprüche den Fortgang der Kapitalakkumulation, während die Politik als Retter in der Not auftrat. In der heutigen Phase erzeugen politische Entwicklungen für zusätzlichen Sprengstoff. Vom irrationalen Selbstzweck der Vermehrung kapitalistischen Reichtums aus betrachtet, haben die kapitalistischen Kernstaaten in den letzten Jahrzehnten eine ausgesprochen rationale Politik betrieben. Die konzertierte Aktion, mit der die Regierungen und Zentralbanken Europas, Chinas, Japans und der USA den Zusammenbruch des schwankenden Systems der Wertantizipation Ende der Nullerjahre verhinderten, hat diese historische Leistung gekrönt. Allerdings brachte das Ergebnis dieser Rettung, der Übergang zu einem globalen System staatlich gestützter Produktion fiktiven Kapitals neue, kaum mehr zu überbrückende Widersprüche hervor, die genau diese eindeutig funktionale Rolle der Politik infrage stellen und sie selbst zu einem dynamisierenden Moment der Krisenentwicklung machen dürften.

Literatur

Agamben, Giorgio (2013): Que lťEmpire latin contre-attaque! In: Liberation, 24.3.2013 http://www.liberation.fr/planete/2013/03/24/que-l-empire-latin-contre-attaque_890916

Kurz, Robert (1999): Die Diktatur der abstrakten Zeit. In: Robert Kurz, Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.): Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit. Hamburg, S. 9-41

Lohoff, Ernst/Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung. Münster

Lohoff, Ernst (2013): Auf Selbstzerstörung programmiert. Krisis 2/2013, http://www.krisis.org/wp-content/data/ernst-lohoff-auf-selbstzerstörung-programmiert-2013-2.pdf

ders. (2014): Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation. Krisis 1/2014, http://www.krisis.org/2014/kapitalakkumulation-ohne-wertakkumulation/

ders. (2016): Triumph des Neoliberalismus. In: Jungle World 28/2016

MEGA II.2 = Marx, Karl: Das Kapital, Band 1, Marx-Engels-Gesamtausgabe, Band II.2

MEW 23 = Marx, Karl: Das Kapital, Band 1, Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin 1983

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Frankfurt a.M.

Trenkle, Norbert (2016): Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals. Krisis 1/2016, http://www.krisis.org/2016/die-arbeit-haengt-am-tropf-des-fiktiven-kapitals/

Krisis – Kritik der Warengesellschaft

Krisis Beiträge seit 2013:

1 / 2013 PETER SAMOL

Michael Heinrichs Fehlkalkulationen der Profitrate

Zur Widerlegung von Michael Heinrichs »Kritik am Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate« und über die Bedeutung der schrumpfenden Wertmasse für den Krisenverlauf

2 / 2013 ERNST LOHOFF

Auf Selbstzerstörung Programmiert

Über den inneren Zusammenhang von Wertformkritik und Krisentheorie in der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie

3 / 2013 JULIAN BIERWIRTH

Gegenständlicher Schein

Zur Gesellschaftlichkeit von Zweckrationalität und Ich-Identität

4 / 2013 PETER SAMOL

Ein theoretischer Holzweg

Die seltsame Fassung des Begriffs der »unproduktiven Arbeit« von Robert Kurz und wie er sich als Reaktion auf die Kritik daran in einen noch tieferen Schlamassel begeben hat

1 / 2014 ERNST LOHOFF

Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation

Der Fetischcharakter der Kapitalmarktwaren und sein Geheimnis

1 / 2015 JULIAN BIERWIRTH

Henne und Ei

Der Wert als Einheit von Handlung und Struktur

1 / 2016 Norbert Trenkle
Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals
Eine Antwort auf »*Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus?*« von Christian Siefkes

2 / 2016 Julian Bierwirth
Der Grabbeltisch der Erkenntnis
Untersuchung zur Methode des *Gegenstandpunkt*

3 / 2016 Karl-Heinz Lewed
Rekonstruktion oder Dekonstruktion?
Über die Versuche von Backhaus und der Monetären Werttheorie, den Wertbegriff zu rekonstruieren

4 / 2016 Peter Samol
All the Lonely People
Narzissmus als adäquate Subjektform des Kapitalismus

5 / 2016 Ernst Lohoff
Die letzten Tage des Weltkapitals
Kapitalakkumulation und Politik im Zeitalter des fiktiven Kapitals

Das komplette Archiv der Krisis seit 1986 findet sich auf www.krisis.org
Ein Teil der Druckausgaben ist noch erhältlich und kann bei u.a. Adresse bestellt werden.

Förderverein Krisis | Postfach 81 02 69 | 90247 Nürnberg | krisisweb@yahoo.de